

Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbelasse der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich Sonnabends.

Preis pro Quartal ohne Bestellgeld Mk. 1,50. Anzeiger: die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., für Versammlungsanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg. Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Feslerstraße 28, I.

Nr. 34.

Hamburg, den 20. August 1898.

10. Jahrgang.

Lohnbewegung.

Ausgesperrt sind die Zimmerer in Pyritz von den Plätzen der Innungsmeister.

Gestreikt wird in Düsseldorf, Flensburg, Spandau und Würzburg.

In Lübeck sind viele Zimmerer infolge des Streiks der Bauhilfsarbeiter ohne Arbeit.

Aufforderung.

Nachbenannte Zahlstellen haben es bis heute nicht für nothwendig befunden, die Adressen der neu oder wieder gewählten Vorstandsmitglieder beim Verbandsvorstande zu melden:

Bayreuth, Barby, Kreuzburg, Crivitz, Cottbus, Coburg, Erlangen, Freising, Gera, Gadebusch, Lützen, Minden i. W., Marienburg, Neufloster, Nordhausen, Naumburg, Oberhausen, Osterburg, Oldenburg, Pforzheim, Profen, Queblinburg, Rehna, Rahlstedt, Reichenschwand, Rosslau, Salbke-Westerhüsen, Selb, Schwaan, Schlawa, Starnberg, Stade, Verden, Vienenburg, Weimar, Weinheim, Wolfenbüttel, Worms, Wölfsis, Weiterstadt.

Aus nachbenannten Orten, wo sich Einzelmitglieder unserer Organisation befinden, ist uns gleichfalls ein Vertrauensmann noch nicht in Vorschlag gebracht worden:

Bauzen, Burgstädt, Chemnitz, Cotta, Döbeln, Greiz, Meerane und Plauen i. V.

Folgende Agitationskommissionen haben ebenfalls die Adressen ihrer Vorsitzenden und Kassirer noch nicht gemeldet:

Für Südbayern in München, für Thüringen in Erfurt, für Pommern in Stettin, für Ost- und Westpreußen in Danzig.

Wir erwarten nunmehr, daß die gewünschten Adressen sofort eingesandt werden, damit die Zusammenstellung und Veröffentlichung erfolgen kann.

Unten bezeichnete Mitglieder werden aufgefordert, die im verflossenen Winter entweder an einem Tage doppelt oder unrechtmäßiger Weise erhobene Wanderunterstützung innerhalb vier Wochen direkt an die Hauptkasse zurück zu zahlen, anderenfalls ihr Ausschluß aus dem Verbands erfolgt. Die Kassirer in den Zahlstellen werden ersucht, die betreffenden Mitglieder an ihre Pflicht zu erinnern.

Da es nicht ausgeschlossen ist, daß bei einzelnen der unten benannten Kameraden Fehler von Seiten des Auszahlers auf der ausgestellten Quittung gemacht sind, so werden diejenigen Mitglieder, welche glauben in ihrem Rechte zu sein, ersucht, ihre Legitimation zwecks Prüfung einzusenden.

Nr.	Name	M.
8 178	Schulz P.	—,50
9 466	Fid, Fr.	—,50
9 748	Polz, Fr.	—,50
10 246	Weiß, Joh.	—,50
12 277	Wessel, L.	—,50
21 015	Kersten, Alf.	—,50
22 771	Sahn, W.	—,50
24 581	Männer, L.	1,—
24 589	Vitjens, H.	—,50
24 886	Schulze, Joh.	1,50
25 210	Hagel, L.	—,50
25 758	Krumnow, G.	—,50
26 226	Hoppe, Ad.	—,50
26 777	Timm, Joh.	1,—
27 260	Weber, G.	—,50

Nr.	Name	M.
28 614	Bohnhardt, S.	—,50
30 831	Kruse, A.	1,—
32 336	Zuschka, A.	—,50
32 343	Pantelmann	—,50
34 267	Bischoff, Ph.	—,50
35 137	Köster, G.	—,50
27 222	Hauelsen, Fr.	1,—
33 368	Michaelis, W.	—,50
34 702	Lübben, B.	—,50
35 974	Sterkler, R.	—,50

Der Verbandsvorstand.
Fr. Schrader, Vors.

Der Zimmererstreik in Amsterdam.

Es ist bereits berichtet worden, daß in Amsterdam die Zimmerer streiken. Der Streik kommt dem vor Thron und Altar bauchrutschenden Ordnungspöbel in Holland sehr ungelegen, was bedeuten will, die Zimmerer sind zu richtiger Zeit für ihre Forderungen in den Kampf eingetreten. Deshalb schimpft auch nicht nur die „Ordnungspresse“ in Holland, sondern auch die deutsche „Ordnungspresse“ zeigt bei dieser Gelegenheit, daß sie von Personen bedient wird, die ihre Schulung bei Fischweibern genossen haben. Nichtsdestoweniger muß dieselbe Presse zwischen ihren wüsten Schimpfereien hindurch doch berichten, daß die Zimmerer in Amsterdam mit vollem Rechte den Kampf aufgenommen haben. Wir folgen im Nachstehenden nur den Darstellungen der „Ordnungspresse“ und wir werden trotzdem das vorstehend Gesagte vollauf bekräftigen. Der Sachverhalt ist folgender:

Im Jahre 1893 richtete der „Verein Amsterdamer Zimmerleute“ (eine Verbandszahlstelle) in Uebereinstimmung mit den Arbeitgebern an den Amsterdamer Gemeinderath eine Adresse, in welcher mit Bezug auf Gemeindebauten um Feststellung eines Arbeitslohnes von 25 Cents pro Stunde, bei zehnstündiger Arbeitszeit, ersucht wurde. Der Gemeinderath bewilligte jedoch nur 23 Cents, bei elfstündiger Arbeitszeit. Im Jahre 1896 richteten die Zimmerer dasselbe Gesuch an ihre Arbeitgeber, welche seinerzeit den Wortlaut der Adresse an den Gemeinderath gebilligt hatten; doch nunmehr weigerten sich diese, auf die Forderung einzugehen. Wohl erhöhten sie den Lohn um 2 Cents pro Stunde, bezeichneten diesen Schritt aber nur als Zeichen des Wohlwollens. Damit wollten sich jedoch die Zimmerer nicht einverstanden erklären; sie bestanden auf Fixirung eines Normallohnes von 25 Cents, drangen aber mit ihrer Forderung nicht durch. So dauerte denn das gespannte Verhältniß zwei Jahre hindurch an, sich hier und da durch partielle Arbeitseinstellungen äußernb.

Seitens der Zimmer war die Stadt Amsterdam in sechs Quartiere eingetheilt worden; in einem, dem sogenannten van Lennepquartier, fing der jetzige Zustand an, von allen Seiten wurden Vermittlungsversuche gemacht, es fanden Besprechungen zwischen dem Comité der Zimmerer und den Vorständen der „antirevolutionären“ und katholischen Arbeitervereine statt, die aber ergebnislos verliefen. Von dem Vorstande des römisch-katholischen niederländischen Arbeiterbundes, einer Organisation zur Verbummung und Zahmlegung der Arbeiter, wie die katholischen

Arbeitervereine in Deutschland auch sind, war der Vorschlag gemacht worden, den Austrag des Streites bis nach dem Ablauf der Krönungsfeierlichkeiten zu verschieben; allein dazu waren die Zimmerer unter keinen Umständen zu bewegen, denn sie wußten wohl, daß gerade im jetzigen Augenblick ihre Arbeit unentbehrlich war.

Der partielle Streik umfaßte immerhin nur eine geringe Zahl streikender Zimmerer. Nun mischten sich aber die vier in Amsterdam bestehenden Vereine der Bauunternehmer und Zimmermeister in den Streit und erklärten, alle Bauten in Amsterdam einstellen zu wollen, falls am 16. Juli die 115 Zimmerer im van Lennepquartier die Arbeit nicht wieder aufnehmen würden. Daraufhin wurde die Arbeit in allen sechs Quartieren eingestellt. Es sind im Augenblick etwa 1700 Zimmerer ausständig; bei 80 Großunternehmern und bei etwa 160 kleineren Unternehmern steht die Arbeit still, 35 Arbeitgeber haben die Forderungen der Zimmergesellen bewilligt.

Der Versuch der Ausbeuter, Streikbrecher heranzuziehen, schlug fehl. Es ließen sich zwar viele Zimmerer nach Amsterdam locken, denn die Ausbeuterpresse verschwieg zunächst den Sachverhalt und die Agenten kargten nicht mit verlockenden Versprechungen. Die Polizei that ihr Möglichstes, um die Streikbrecher zu „schützen“, aber diese lehnten den Schutz ab; als sie Kenntniß von der Sachlage bekamen, reisten sie in ihre Heimath.

Auch die Hoffnung, der Streik werde aus finanziellen Schwierigkeiten bald im Sande verlaufen, schlug fehl. Die ausständigen unverheiratheten Zimmerer verzichteten ganz auf Unterstützung und von der Unterstützung der Verheiratheten, wurden gleich am ersten Zahltag 300 Gulden zurück erstattet. Außerdem hielten die Frauen der Streikenden eine Versammlung ab, in welcher beschloffen wurde, fest zu den Männern zu halten und diese, so lange noch ein Stück Weinen im Hause sei, in ihrem Widerstande zu bestärken.

Es handelt sich darum, den Streik bis zu den Krönungsfeierlichkeiten zu halten, und die Streikenden sind gewillt, fest auszuharren. Es stehen zwar schon in den einzelnen Theilen der Stadt verschiedene Zuschauertribünen, dabei wird es aber auch kein Bewenden haben müssen, und statt der reichgeschmückten Straßen, für die schon seit Monaten große Summen gezeichnet worden sind, wird man sich beim Einzuge der Königin mit dem einfachen Flaggenschmuck der Häuser begnügen müssen; die öffentlichen Gebäude werden eine Ausnahme machen, da Pioniere an ihnen die Arbeiten vornehmen.

Die öffentliche Meinung steht zum guten Theile auf Seiten der Streikenden, weiß man doch, daß der Streik lediglich durch die Halsstarrigkeit der Ausbeuter veranlaßt und durch eine plumpe Provokation derselben zum Ausbruch gekommen ist. Es wird natürlich der Versuch gemacht, das ganze Ereigniß den Sozialdemokraten in die Schuhe zu schieben, als hätten sie sich einen Spaß daraus gemacht, die Krönungsfeier zu stören, daß ist indessen der reinste Unsinn, wie die vorstehende Darstellung des Sachverhaltes zeigt, die denselben Zeitungen entnommen ist, welche das zuletzt ange deutete Märchen kolportiren.

Eine Rede des Reichstagsabgeordneten v. Stumm über die Berufsvereine.

Gehalten im Reichstage am 9. März 1898.

(Fortsetzung statt Schluß.)

Herr v. Stumm hat so viel über Greuelthaten der Arbeiter mitgeteilt, er hat uns aber, obgleich er sehr viel über den Maschinenbauereistreik in England geredet hat, nichts von den Greuelthaten erzählt, die durch organisierte Maschinenbauer verübt worden sind. Es wurde ja in den Zeitungen berichtet — ob es wahr ist, weiß ich nicht —, daß der deutsche Kaiser seiner Bewunderung darüber Ausdruck gegeben hat, daß bei diesem großen Kampfe der Arbeiter keine Gewaltthätigkeiten vorgekommen sind. Nach meinem Dafürhalten ist das sehr leicht erklärlich, und zwar, weil die Arbeiter gut organisiert waren.

Bei den vorgekommenen Gewaltthätigkeiten gefällt sich nun die kapitalistische Presse gewöhnlich in kolossalen Uebertreibungen. Nach dem „New-York Herald“, dem größten Kapitalistenblatt der Welt, hat uns der Abgeordnete v. Stumm über die Gewaltthätigkeiten berichtet, welche bei dem Streik der Bergarbeiter in Amerika vorgekommen sind. Zunächst waren diese Bergarbeiter nicht organisiert; denn es waren keine einheimischen, sondern größtentheils eingewanderte Arbeiter, welche von den Grubenbesitzern in unerhörter Weise ausgebeutet wurden; und daß sich — gerade wie bei uns — die Behörden unbefugter Weise in den Streik einmischten, daß sie dem Arbeiter das Recht, sich zu versammeln, absprachen, daß sie durch Anwendung direkter Gewalt sie an der Ausübung des gesetzlichen Rechts zu hindern suchten, ist bekannt. Den Streikenden wurde verboten, auf die in Arbeit Gebliebenen einzuwirken, sich an dem Streik zu beteiligen und zu diesem Zwecke die nach den Meinen führenden öffentlichen Wege zu benutzen. Das Verbot war ungesetzlich, die Arbeiter befolgten diesen Befehl nicht. Es wurde die Miliz aufgeboten, die gesamten Beamten der Grubengesellschaften befanden sich unter denselben, bis an die Bahne bewaffnet. Und nun hören Sie folgendes Telegramm der „Rölnischen Zeitung“ — und vergleichen Sie damit die tendenziöse Darstellung des Herrn v. Stumm —:

„New-York, den 20. Februar.

Aus den Zeugenvernehmungen zu Wiltessbarre in Pennsylvania ergibt sich mit immer größerer Deutlichkeit, daß die Sicherheitsbeamten sich grobe Uebertreibungen ihrer Amtsgewalt gegen die völlig harmlosen und unbewaffneten Auszubildenden zu Schulden kommen ließen. Es wurde festgestellt, daß der Sheriff Martin mit seinem Revolver seinen Beamten das Zeichen zum Feuern gab, und daß fast alle Arbeiter während ihrer Flucht niedergeschossen wurden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Todengräber in Hazleton, der 13 der bei Vattimer Erdschüssen beerdigte, sagte aus, daß 12 davon Schüsse im Rücken erhalten hätten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Mehrere Aerzte sagten in ähnlicher Weise aus. Der Kriminalrichter Woodward, der den Prozeß gegen die Beamten führte, erhielt Drohbriefe.“

Diese Drohbriefe hat der Kriminalrichter jedenfalls nicht von Arbeitern erhalten, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach aus den Kreisen der Unternehmer; sie sind ein sprechendes Beispiel für den Terrorismus, der häufig von den Unternehmern ausgeübt wird auf Richter usw. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich kenne die amerikanischen Verhältnisse aus eigener Anschauung und weiß, daß das hier in früheren Sitzungen Berichtete zum allergrößten Theile völlig unwaar ist. Schon Herr Roskoff erklärte das letzte Mal, daß die Gewaltthätigkeiten zum Theil auch von den Arbeitgebern direkt veranlaßt sind; er berichtete, daß die Arbeitgeber häufig Rowdies, Pinkertons dinge, die gegen die Arbeiter vorgehen. Die Verächtlichsten davon sind ja gerade diese Pinkertons, welche eine direkt von den Kapitalisten organisierte Bande bilden (sehr richtig!), dazu bestimmt, durch Anwendung von Gewalt die Streikenden einzuschüchtern. Daß sich amerikanische Arbeiter das nicht gefallen lassen, versteht sich von selbst; der amerikanische Arbeiter ist gewohnt, der Gewalt die Gewalt entgegen zu setzen. Da findet es sich denn, daß bei dieser Gelegenheit mal ein paar solcher Lumpen, die für Bezahlung ehrliche Arbeiter verhauden müssen, auch gehörig etwas abbekommen; und ich für meinen Theil finde das völlig in der Ordnung, daß sie etwas auf das Fell bekommen. (Sehr gut!) In meinen Augen steht ein solches Gefindel auf keiner höheren Stufe als ein Raubmörder; die Nothwehr, die diesem gegenüber berechtigt ist, halte ich auch den Rowdies, den Pinkertons gegenüber für berechtigt. (Sehr richtig!)

Herr v. Stumm hat nun die statistischen Angaben meines Freundes Jubel bewirkt und gemeint, die Anzahl der Bestrafungen in Beziehung zu bringen zur Zahl der Streikenden, sei ganz falsch; wolle man aus diesen Zahlen etwas beweisen, so müsse man die Zahl der Bestrafungen zusammen bringen mit der gesamten Arbeiterzahl, dann erst habe man eine richtige Statistik. Eine solche Methode anzuwenden, hieße doch geradezu die Thatfachen in unsinniger Weise entstellen. (Sehr richtig!) Die Streiks sind die Veranlassung der vorkommenden Gewaltthätigkeiten, folglich lassen sich dieselben auch nicht in Beziehung bringen zur Gesamtzahl der Arbeiter. Wenn in einem Jahr keine Streiks stattfänden und keine Gewaltthätigkeiten, im nächsten Jahr dagegen aus Anlaß vorgekommener Streiks 200 Bestrafungen erfolgen, dann wäre es doch geradezu lächerlich, behaupten zu wollen, die Neigung der Arbeiter zu Gewaltthätigkeiten sei um das 200fache gestiegen.

Auch über die deutschen Streiks und die dabei vorkommenden Gewaltthätigkeiten gefallen sich einige Herren hier im Reichstage nicht nur in Uebertreibungen, nein, es werden hier Schaudergeschichten erzählt, an denen kein wahres Wort ist. So hat hier der Herr Abgeordnete für Ostrobo, Herr Jorns, eine Darstellung des Stuhlarbeiterstreiks in Lauterberg a. S. gegeben, welche damals unsererseits nicht beantwortet wurde, weil, wie mir gesagt wird, die Darstellung des Herrn Jorns infolge der allgemeinen Unruhe, welche im Hause herrschte, auf unserer Seite nicht verstanden wurde. Die Darstellung des Herrn Jorns über jenen Streik ist in allen Theilen unwar. (Hört! hört!) Ich will hier nur einige der Unwahrheiten, die er ausgesprochen, feststellen.

Nach der Darstellung des Herrn Jorns haben die Frauen der Stuhlarbeiter den Austritt aus dem Holzarbeiterverbande gewünscht, und dies sei Anlaß zum Vorgehen der Fabrikanten gegen die Arbeiter gewesen. Thatsache ist, daß die Arbeiter in einer Fabrik eine kleine Lohnerhöhung erreicht hatten, und daß man in einer zweiten Fabrik ebenfalls eine Lohnforderung stellte. Das war der Anlaß zum Ausschluß sämtlicher Arbeiter.

Dann hat Herr Jorns behauptet, von Berlin sei Jemand gekommen, und dieser hätte die Arbeiter aufgehetzt. Auch das ist unwar; von Berlin ist in Lauterberg erst ein Vertreter des Verbandes eingetroffen, nachdem der Streik schon Wochen lang im Gange war.

Herr Jorns hat ferner behauptet, die Arbeiter hätten während des Streiks wohl einige Groschen bekommen, aber im Großen und Ganzen hätten sie elendiglich hungern müssen. Nun, der Streik hat dem Holzarbeiterverbande die ganz respektable Summe von M. 80.000 gekostet; jeder verheirathete männliche Arbeiter hat M. 10 pro Woche bekommen, Ledige M. 8, Wehrlinge M. 4,50; verheirathete Arbeiterinnen M. 3,50 bis M. 4,50. In den allermeisten Fällen waren mehrere Personen aus einer Familie am Streik theilhaftig, so daß in vielen Fällen eine Familie M. 21,50 wöchentlich Unterstützung bezog. Dabei kann doch von „elendiglich hungern müssen“, wie es Herr Jorns darstellt, keine Rede sein! Die Thatsache, daß eine Wirthschaft, in welcher Streikbrecher auf Strohlager kanpirten, abgebrannt ist, hat Herr Jorns so dargestellt, als wenn die Streikenden das Quartier angezündet hätten. Einen solchen Verdacht auszuspochen, ohne auch nur einen Schatten des Beweises dafür zu haben, finde ich ganz unerhörlich. Der „Streikmacher“, wie Herr Jorns sich auszudrücken beliebt — gemeint ist jedenfalls der Kassirer der Bahnhalle —, soll die Streikunterstützungen nicht in baarem Gelde, sondern in Bier, Schnaps, Bret und dergleichen mehr ausgezahlt haben und der Obrigkeit somit die Handhabe geboten haben, ihn auszuweisen. Jedes Wort dieser Darstellung ist unwar. (Hört! hört! links.) Diese unwahre Darstellung findet sich aber auch bereits in dem Berichte des preussischen Fabrikinspektors (hört! hört! links); und obgleich unsererseits diese Darstellung berichtigt worden, ist sie dennoch in den Reichsbericht mit hinüber genommen worden. (Hört! hört! links.) Unter der Kontrolle eines Beauftragten vom Vorstande des Verbandes wurden die Unterstützungen in Baar ausgezahlt; die Obrigkeit hat deshalb auch nicht die mindeste Veranlassung gehabt, den Betreffenden auszuweisen; wohl aber haben schließlich die Fabrikanten die unerhörte Friedensbedingung gestellt, der Betreffende solle den Ort verlassen, und so mußte denn nun, des lieben Friedens willen, der Mann, dessen einzigstes Verbrechen darin bestand, daß er für seine Kollegen energisch eingetreten war, der seit Jahren dort ansässig war, schließlich den Ort verlassen. Die Herren Fabrikanten haben dadurch ein Beispiel gegeben, von welchem niedriger Nachsicht sie oft gegen einzelne ihnen unbecommene Personen befehl sind. (Sehr richtig!)

Die sonstigen Darstellungen, die Herr Jorns hier gegeben, sind unrichtig; so, wenn er wünschte, daß die Regierung statt der sieben Gendarmen sieben seines Kalibers hinschicken sollte. Die sieben Gendarmen, die hingeschickt worden sind, haben absolut nichts zu thun bekommen. Meine Herren, solche Uebertreibungen tragen nicht dazu bei — das möchte ich den Herren Unternehmern im Reichstage zu bemerken geben —, in den Arbeiterstreifen die Achtung vor dem Unternehmerlande zu erhöhen. Das können Sie sich denken. In Ihrem eigenen Interesse würde ich Ihnen nur rathen, daß wenn Sie über Gewaltthätigkeiten berichten wollen, Sie sich erst recht genügend informieren, bevor Sie reden, damit Ihnen nicht später die Unwahrheit Ihrer Behauptungen nachgewiesen werden kann. Der Herr Abgeordnete Dr. Schneider hat mit vielem Recht erklärt, daß ohne die Einwirkung der Polizei die Arbeitseinstellungen viel schneller und glatter beigelegt würden. Ich gehe noch weiter und behaupte, daß die unbesungene Einmischung der Polizei die direkte Veranlassung ist von vielen bei Streiks vorkommenden Gewaltthätigkeiten. (Sehr richtig! links.) So war es bei dem Hamburger Hafenarbeiterstreik. Bei dem Hamburger Hafenarbeiterstreik hat man in den Berichten, wenn Sie sie verfolgt haben, stets gelesen, daß die Arbeiter sich durchaus ruhig verhalten haben; das größte Lob wurde in der gesammten Presse, auch der kapitalistischen Presse, den Hamburger Hafenarbeitern wegen ihrer ruhigen und besonnenen Haltung ausgesprochen — dann aber kamen die Maßnahmen der Behörden, und diese sind eigentlich direkt zurückzuführen auf die Beschlüsse, die der Arbeitgeberverband gefaßt hat, die eben dahin gingen, daß man erklärte, es sei nicht genügender Schutz vorhanden, es müsse mehr Schutz für die Arbeitswilligen geschaffen werden usw. Bis zu der Zeit waren Gewaltthätigkeiten gegen Streikbrecher nur in vereinzelt Fällen vorgekommen; da wurde der Hafen abgeperrt, den Streikenden wurde verboten, mit den Leuten zu reden, und Alles überhaupt unmöglich gemacht, wodurch

die Streikenden, in irgend einer Weise, auf die Arbeitswilligen einwirken konnten. Daß das schließlich dazu beitragen muß, daß die Arbeiter erbittert werden, ist nach meinem Dafürhalten durchaus erklärlich. Die größte Ungeschicklichkeit und die größte Unvernunft hat dann nun die Polizei am Ende des Streiks begangen, und ich komme deshalb darauf zu sprechen, weil ich glaube, daß, wenn Herr Graf von Posadowsky seine Enquete veranlaßt, er vielleicht das, was dort nach Beendigung des Streiks auf dem Schaarmarkt passiert ist, den Arbeitern mit auf ihr Konto setzen wird. Es war am Abende des Tages; zu mir kamen einige Leute, die dort als Führer unter den Arbeitern gewesen waren; dieselben ersuchten mich, mit nach dem Stadthause zu gehen und dort zu verlangen, daß dem Treiben der Polizisten Einhalt geboten würde; sie schübten mir, wie in der Hafengegend vollständig wehrlose Frauen, Greise und Kinder mit blanker Waffe einfach niedergelassen wurden. Ich begab mich nach dem Stadthause, und dort wurde mir dann erklärt, daß ein höherer Beamter nicht anwesend sei, daß man sehr bedauere, in der Sache nicht irgend etwas thun zu können; man sagte mir die Wohnung des Betreffenden, aber ich hielt es für überflüssig, hin zu gehen, da es schon spät an der Zeit war und die Wohnung des betreffenden Beamten außerdem sehr weit entfernt, in einem Vororte gelegen war; ich hielt es für viel richtiger, selbst hinaus zu gehen nach dem Thortore, um mich persönlich von den Dingen zu überzeugen. Ich bin dann dreimal hintereinander auf dem Schaarmarkt gewesen und habe gesehen, daß die Zugänge zu dem Markte in keiner Weise abgeperrt wurden, sondern daß Jeder hinaufgehen konnte; Derjenige aber, der einen Arbeitskittel an hatte, war sofort der Gefahr ausgesetzt, daß er von den Polizisten unbarmherzig mit der blanken Klinge verhauden wurde. (Hört! hört! links.) Ja, die Herren Polizisten gestehen sich in den größten Beleidigungen der Bevölkerung. (Hört! hört! links.) Einige Leute hatten die Fenster auf, dort schrie ein Polizeigebant von unten hinauf: wenn Ihr Bande dort oben die Fenster nicht zumacht, kommen meine Schutzleute hinauf und hauen Euch Bande herunter. An der Ecke vom Scharsteinweg hörte ich, wie dort Schutzleute über die Hamburger Bevölkerung wie folgt urtheilten: dieses Hamburger Kaufpaß usw. Daß diese Ausdrücke dazu beitragen müssen, Erbitterung zu erzeugen, versteht sich wohl von selbst. So häufig schimpfen die Herren Kapitalisten auf die Führer. Ich will Ihnen nur eines sagen: wenn die Führer damals nicht zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt hätten, würde es den Herren Polizisten, die durch ihr provokatorisches Benehmen alle diese Streitigkeiten veranlaßt hatten, dort eine Stunde recht schlecht ergangen sein; denn, glauben Sie, daß ein paar Hundert Hamburger Schaulente nicht mit ein paar Hundert Polizisten, selbst wenn sie bewaffnet sind, fertig werden können? Das ist gar keine Kunst, die Leute mit ihren starken Armen würden den Herren schon Mores gelehrt haben; und es würde das auch geschehen sein, wenn nicht schließlich die Behörden eingelenkt hätten. In den Zeitungen ist das garnicht so berichtet worden, wie und in welcher Weise dort vorgegangen wurde. Die Polizisten verfolgten harmlose Spaziergänger bis in die Straßen hinein, und denen, die vor ihnen flüchteten, garnichts von den ganzen Vorkommnissen wußten, hieben sie über die Köpfe, daß das Blut umher spritzte. In einem Zigarrenladen passirte es, daß ein junger Mann, der gar keine Ahnung von den Dingen hatte, sich hineinschickte — der Polizist hinter ihm her und hieb auf ihn ein. Die ganze Bevölkerung in der Gegend war so erbittert, daß es dort nur noch eines Funken bedurft hätte, um das Feuer zum Ausbruch zu bringen. Am Montag nach Beendigung des Streiks hatte ein Theil jüngerer Leute in einer engen Gasse, dort schon Barrikaden gebaut; mit heißem Wasser wurde von oben auf die Schutzleute herunter geschossen, es wurden auch Scheimer herunter gestürzt, ein förmlicher Straßenkampf fand statt — und das nur infolge der unsinnigen Handlungsweise der Polizei. Als die Polizeibehörde sah, daß die gesammte Bevölkerung Hamburgs ihre Handlungsweise entschieden verdammt, konnte dieselbe plötzlich auch vernünftig handeln; sie öffnete die Zugänge zu dem Schaarmarkt ab und beförderte die Leute, die dort etwas zu thun hätten oder dort wohnten, aber den Schaarmarkt, und vorbei war aller Lärm. Wenn von der Polizei von Anfang an so gehandelt worden wäre, dann wäre überhaupt nichts passiert.

Ich billige selbstverständlich das Verhalten der Arbeiter, wie es dort statgefunden hat, nicht. Sie sollen — und das wird wohl auch der Fall sein — einige Streikbrecher beschimpft haben; die Streikbrecher haben daraufhin mit den Revolvern auf sie geschossen; und das war die Veranlassung, daß diese Revolverbeiden von den Arbeitern durchgeprügelt wurden. Für die Polizeibehörde dürfte dieses Vorkommniß nun aber doch nicht Veranlassung sein, daß derartige allgemeine Maßregeln ergriffen wurden, daß die ganze Bevölkerung in einer solchen Weise von der Polizeibehörde belästigt wurde. Es ist dort vorgekommen, daß nicht nur Arbeiter verhauden worden sind, sondern man hat sich auch an anderen Leuten vergiffen, sogar ein Kriminalbeamter, der nicht genannt wurde, wurde derart verhauden, daß er schließlich per Tragkorb fortgeschafft werden mußte. Wenn die Enquete stattfindet — ich mache jetzt schon darauf aufmerksam —, dann wird es äußerst interessant sein, zu erfahren, ob man diejenigen, die in Veranlassung des Schaarmarkttravalls wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt angefaßt und verurtheilt worden sind, und auch die Gewaltthätigkeiten auf Kosten des Arbeiterstreiks setzen wird. Erwarten kann man das allerdings; deshalb hielt ich es für zweckmäßig, von vornherein hier darauf aufmerksam zu machen.

Ich komme jetzt zu der Frage, inwieweit die beiden vorliegenden Anträge den billigen Anforderungen entsprechen, welche man an ein Gesetz, das wesentlich auf die Arbeiterkreise berechnet ist, stellen kann. Zu diesem Zwecke habe ich mir das französische Gesetz über die Berufsvereine, die Trade Union Act von 1871 und die in Amerika bestehenden Gesetze angesehen. Der Vergleich fällt sehr zu Ungunsten der beiden uns vorliegenden Anträge aus. Ein Gesetz für Arbeiter sollte möglichst einfach sein, es sollte der freien Selbstbestimmung der Arbeiter den größtmöglichen Spielraum lassen und die notwendige behördliche Kontrolle auf ein Mindestmaß reduzieren. Das ist bei den genannten Gesetzen, bei den vorliegenden Anträgen aber nicht der Fall.

Im französischen Gesetze werden viele Formalien nicht verlangt. Die Fachvereine müssen ihre Statuten bei der Ortspolizeibehörde einreichen, unter Nennung der Namen ihrer geschäftsführenden Mitglieder, die Franzosen sein und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sich befinden müssen. Bei eintretenden Änderungen muß eine Ergänzung dieser Nachweise eintreten. Verbände von Vereinen haben die geschäftsleitenden Mitglieder und die Namen der angehörigen Vereine zur Anzeige zu bringen.

Der Trade Union Act von 1871 stellt noch weniger Anforderungen an die Vereine. Dieselben müssen ihre rules einreichen. Meine Herren, man unterscheidet in England rules und bylaws; die rules sind die wesentlichen Bestimmungen, und die bylaws sind die nebensächlichen Gesetze. Außerdem wird eine Einreichung der Liste der Titel und Namen der Beamten verlangt. Jede Veränderung in den rules und im Vorstande ist bekanntzugeben. Jede eingetragene Union muß ein Hauptbureau haben und alljährlich eine Jahresrechnung bei der Registratur einreichen.

In den Gesetzen der Vereinigten Staaten von Nordamerika wird bei der Eintragung von nationalen Trades Unions weder Einreichung der Statuten, noch Angabe der Namen der Beamten verlangt. Einzureichen sind nur die Artikel, unter welchen die Gewerkschaft eingetragen zu werden wünscht. Außerdem muß der Name der betreffenden Gewerkschaft eingetragen werden; weiter ist nichts erforderlich. Im amerikanischen Gesetze heißt es ausdrücklich im § 3 (das ganze Gesetz hat überhaupt nur fünf Paragraphen):

„Jede eingetragene nationale Trade Union soll die Machtvollkommenheit haben, Statuten, Regeln und Nebengesetze zu machen, als dieselbe für nothwendig hält, ihre gesetzlichen Zwecke zur Ausführung zu bringen und dieselben zu ändern, amendiren, Bestimmungen hinzuzufügen oder aufzuheben, ganz nach Bedarf.“

§ 4 heißt: „Eine eingetragene nationale Trade Union soll das Recht haben, nach eigenem Ermessen die Pflichten und Rechte ihrer Beamten, den Modus ihrer Wahl, Dauer der Amtsperiode derselben festzusetzen, Zweigvereine und Unterabtheilungen in irgend einem Gebiete der Vereinigten Staaten zu errichten.“ (Schluß folgt.)

Brief aus der Schweiz.

B ü r i c h, im August 1898.

Genf, am schönen Rhonestrand, war vor wenigen Tagen der Schauplatz eines heftigen sozialen Kampfes, eines Kampfes, wie er seines Gleichen im Geschichtsbuche der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung nicht findet. Unsere Darstellung kann nur ein knapper Umriß von Allem, was sich dabei zugetragen hat, sein. Zunächst einige Merkmale aus der Entstehungsgeschichte.

Schon vor einigen Jahren waren die Zimmerer in Genf in eine Lohnbewegung eingetreten, deren Ziel die Stipulirung eines angemessenen Minimallohnes sein sollte. Die Zimmerer ließen sich bei dieser Bewegung von der Annahme leiten, daß die Schreiner sie in ihrem Kampfe unterstützen, indem sie ebenfalls eine solche Forderung stellen würden. Allein die Schreiner täuschten nicht nur in dieser Annahme, sondern Viele von ihnen ließen sich auch noch zur Uebernahme von Zimmerarbeiten mißbrauchen. Bei dieser Lage der Dinge konnte es nichts Besseres geben, als daß die Zimmerer ihre Bewegung kurz abbrachen und sich mit einem mageren Vergleiche zufrieden gaben. Von dieser Zeit bis zur Gegenwart war man ohne Unterbrechung am Ausbau der Organisation, und zwar in beiden Lagern, bemüht. Die föderalistische Anschauung, die in der westlichen Schweiz ihre Hauptrepräsentanz und Stützpunkte findet, wurde mit Hilfe deutscher Genossen bekämpft, und als erste Frucht der Ideenläuterung zeigte sich bei den Zimmerern der Anschluß an ihren Zentralverband, bei den Schreiner der Anschluß an den Gewerkschaftsbund.

So keimte die Zeit, bis sie von den beiden Berufen als erfüllt gehalten wurde und sie zur Stellung neuer Forderungen schritten. Der Minimallohn von 55 bzw. 57 Cents pro Stunde war der Hauptpunkt.

Die Arbeiter drangen in einem fort auf friedliche Verständigung. Allein die Unternehmer glaubten, auch diesmal den Proben ungestraft spielen zu dürfen und lehnten jedes Unterhandlungsgebot ab. Einige trieben ihre Provokation so weit, daß sie dreist erklärten: Quo les ouvriers fassent grève; nous en profiterons pour aller pendre quelques repos à la campagne ou aux bains de mer! (Die Arbeiter sollten nur streiken, wir können dann auf dem Lande und in den Seebädern Erholung suchen!) Nun wurde die Situation immer enger. Die radikale Regierung, die mit Hilfe der Arbeiter gewählt wurde, war unthätig und dokumentirte dadurch, daß die Begriffe „konservativ“, „liberal“, „radikal“ u. nur eitle Phrasen und Dekorationsstücke sind. So konnte es nicht ausbleiben, daß am 19. Juni der Streik beschlossen wurde; zunächst aber erst im

Prinzip, denn man wollte die Differenzen zunächst einer schiedsgerichtlichen Beurtheilung unterwerfen.

Dieses Urtheil nun, das nach kurzer Zeit ausgesprochen wurde, war nach Meinung der Patrone für die Arbeiter zu günstig ausgefallen, und so kamen dieselben in ihrer unversiegbaren Halsstarrigkeit und Selbstherrlichkeit zu einer Ablehnung desselben. Jetzt war's genug. Am 27. Juni standen 1000 Männer unter den Fahnen ihrer Gewerkschaften. (600 Schreiner und 400 Zimmerer.)

Der Kampf wurde musterhaft geführt. Als dann die Unternehmer glaubten, alle Minen gegen die kämpfenden Arbeiter springen lassen zu dürfen, erwachte das Solidaritätsbewußtsein unter den Arbeitern in geradezu erhebender Art. Eine Versammlung, wie sie Genf noch nicht gesehen, kam zu Stande. 4000 Arbeiter standen am 16. Juli zu Haus und beschloffen, daß, wenn am 17. Juli nicht bewilligt worden ist, am 18. Juli auf allen Arbeitsplätzen die Arbeit ruhen werde. Die Unternehmer hielten auch jetzt noch die Hand aus den dreimal geheiligten Profit, und die radikale Regierung blieb „radikal“ unthätig. Keinerlei Vermittlungsversuche! Wie beschloffen, so geschah es. Am 18. Juli legten folgende Berufe die Arbeit nieder: Maurer, Erdarbeiter, Maurerparliere, Ofenseger, Maler und Anstreicher, Steinhauer, Schlosser, Steinseger, Parkettleger, Gipser, Maschinisten und Parketeure. Ja. 6000 Mann beteiligten sich am Generalstreik, ohne eine Forderung zu stellen, nur aus Solidarität und um den Schreiner und Zimmerern zum Siege zu verhelfen. Eine solche hochherzige That schmückte das Geschichtsbuch der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung bislang noch nicht.

Um den Eindruck dieser solidarischen That zu erhöhen und die Bourgeoisie in Genf in ihrem Ruhegenuss durch den Massentritt der Bataillone unangenehm daran zu erinnern, daß sie auf Kosten ehrlicher Arbeit faulenze, unternahm man eine Straßendemonstration. Die Chancen für einen durchschlagenden Streikerfolg waren sehr günstige. Während und nach der Demonstration wendete sich das Blatt.

Eine Anzahl Elemente hatten sich in die Reihen der Demonstranten eingeschlichen und benutzten den Aufmarsch, um die Bewegung durch allerlei aufregende Gewaltthaten zu kompromittiren. Es ist fest gestellt, daß Unruhestifter und Tumultuanten, die sich durch ihre alberne Wildheit auszeichneten und keiner Organisation angehörten, reichlich mit Geldern versehen waren und Trinkgelage offerirten. Einige verhaftete, so meldeten selbst bürgerliche Blätter, gestanden, Frs. 15 täglich erhalten zu haben. Von Wem? Darüber schweigt des Sängers Höflichkeit.

Endlich that auch die „radikale“ Regierung „öppis“. Sie forderte durch Plakatanschlag zur Ruhe auf. Allein die Gerechtigkeit und Heroisität war viel zu hochgradig, und nun ergriff die Regierung ihr Nothrecht und machte das 13. Bataillon mobil. Unsere führenden Genossen wehrten sich dagegen, so gut es ging; Großrath Sigg weigerte sich, einzurücken, und er wurde darauf hin mit Geld gestraft. Es war der Bourgeoisie und ihrer Regierung sammt der „Hofpresse“ schon lange ein Bedürfnis, die Arbeiter vor den Bajonetten zu sehen und die Wirkung der blauen Bohnengeschosse in nächster Nähe beobachten zu können. In ihrer stillen Verkommenheit und Nothheit provozierte die Bourgeoisie und ihre ihr ergebene Presse, so gut es nur ging. Ihr Organ, die „Suisse“ (Schweiz), schrieb: „Die Streikenden beweisen übrigens keinen ausnahmswürdigen Muth. Sobald die Bajonette unserer („unserer“ ist nicht schlecht. Es lebe das „Volk“ heer!) Soldaten sichtbar werden, ziehen sie sich zurück, um nach dem Vorübermarsch der Soldaten wieder ihre Gruppen zu bilden.“ Das wäre so ein Labebild für diese korrupte Gesellschaft gewesen, wenn die Arbeiter im Waffenrock und in der Blouse sich gegenseitig zerfleischt und nach „Walhalla“ befördert hätten.

Zum Glück kehrte die ruhige Ueberlegung selbst bei den anfänglich ausgehezten Soldaten zurück und Mancher ließ sich vernehmen, daß es ihm im Traum nicht einfallen werde, für seine Ausbeuter und gegen seine Mitarbeiter zu kämpfen.

Allmählig kehrte Ruhe ein und mit ihr das Bedürfnis, den Streik so schnell wie möglich zu beenden. Als Friedensbedingung akzeptirten die Arbeiter den schließlich versprochenen Lohnzuschlag von 2 statt 5 Cts. pro Stunde.

Nur die „Ordnungselique“ und ihre Presse konnten sich noch immer nicht enthalten, Gift zu speien. Man verhaftete lustig drauf los, fabrizirte Ausweisungsbefehle und rächte sich, wo immer es ging. Das zitterte Blatt, die „Suisse“ kreischte unter Hinweis auf die Verhaftungen: „Und jetzt, nachdem man sie hinter Schloß und Riegel hat, läßt man Gerechtigkeit!“ Und, wird man sagen, was verstehen diese Preßlosaten unter Gerechtigkeit? Man höre: „Man verurtheile sie wie den ersten besten Mörder. Man behandle sie nach ihren (?) Thaten (d. h. nach den Thaten der von der Bourgeoisie bezahlten Provokateure) und nicht nach ihren Worten.“

So ist's und so wird's geschehen. Von der Ausweisungsfahrt wurde ein italienischer Genosse betroffen, der seine ganze edle Kraft dazu verwendet hat, daß die Unternehmer seine Landsleute nicht mehr wie Kulis werthen und behandeln sollten. Im Anschluß daran sollen einige weitere Schandthaten erwähnt werden. Ein Lieutenant Pilliet kam mit seinen Soldaten an einem ihm gehörenden Bau vorbei und mißbrauchte seine

Stellung dazu, daß er einem Arbeiter, der einen anderen mit vollem Recht „Streitbrecher“ nannte, die Hände auf den Rücken binden und von einer Eskorte auf die Polizeiwache führen ließ, alwo man aber doch nicht wagte, ihn einzusperrern. Er wurde aus seinen Fesseln befreit und sofort wieder entlassen. Ein Bürger, der keiner Organisation angehört wurde, ohne etwas Gesetzwidriges begangen zu haben, verhaftet. Vor Schreck darüber wurde seine Frau plötzlich irrsinnig.

Bürger Bérard wurde Nachts 2½ Uhr aus seinem Bett heraus verhaftet. Im Zorn über diese Nothheit und Gewaltthat feuerte derselbe auf die Polizei seinen Revolver ab. Darauf mißhandelten ihn die Polizisten derart, daß er unfähig war auch nur ein Glied zu rühren und in einen Krankenwagen getragen und forttransportirt werden mußte. Genug davon!

Es ist beschämend, sehen zu müssen, wie die Reaktion wüthet, und in einem fort alle Traditionen und Gebräuche im Aushweifen und in der Duldung der sozialpolitischen Mitarbeit Fremder mit Füßen tritt. Erst leistet der Bundesrath dem widerlichen „Crispiciismus“ in Statten Schergendienste, und nun macht es die Genfer Regierung ebenso. Unser Genosse Thiebaud, der das Unglück hat, Minister zu sein, wehrt sich gegen die Reaktion so gut es geht. Darum wird man nicht säumen, im Lager der Reaktion eine Hege gegen ihn zu inszeniren, um ihn möglicherweise zu kürzen.

Gelingt der Reaktion dieser Plan, dann sind sicher neue ernste Ereignisse zu erwarten. Das ist das Prognostikon, das wir am Schluß unserer Darstellung über den Genfer Bauarbeiterstreik aufstellen wollen.

Im Anschluß hieran mögen einige kurze Hinweise folgen, die einen recht merkwürdigen Streik in Burgdorf betreffen. Im Geschäft Gribi & Cie. wurde ein Vorstandsmitglied des Schreinerfachvereins gemäßregelt, worauf am 12. Juli die Mitarbeiter sich solidarisch erklärten und die Arbeit niederlegten. Unterhandlungsversuche scheiterten an dem Selbstbewußtsein Gribi's. Gribi glaubte nun die Zimmerleute straflos auffordern zu dürfen, die niedergelegte Schreinerarbeit zu verrichten. Er hatte sich natürlich schwer verrechnet, denn kurzer Hand wies die Zimmerer ein solch verrätherisches Ansuchen zurück. Die Folge war Arbeitsniederlegung auch von Seiten der Zimmerleute, so daß nunmehr 60 Mann im Kampfe stehen.

Mit welchen Mitteln Gribi gegen seine Arbeiter intriguirte ist dieser Tage sichtbar geworden, indem ein „vertrauliches“ Schreiben desselben in verkehrte Hände gelangte.

Dasselbe hat folgenden Wortlaut: Burgdorf, den 15. Juli.

Werthe Herren Kollegen! Nachdem unsere Schreiner am Dienstag Vormittag die Arbeit ohne Kündigung niederlegten, weil wir an einer aus triftigen Gründen (Verlassen der Arbeit) erlassenen Kündigung festhielten, folgte denselben heute Morgen die Mehrzahl der Zimmerleute, wohl infolge von Einwirkungen. (!) . . .

Wir senden Ihnen in der Beilage die Liste der ausgetretenen Zimmerleute und Schreiner, da wir entschlossen sind, die Arbeit nur nach bedingungslosem Wiedereintritt der Arbeiter wieder aufzunehmen zu lassen.

Mit Hochachtung Gribi & Cie. Dieses Schreiben, das uns den bestmöglichen Beweis für den Bestand einer schwarzen Liste bringt, die in der ganzen Schweiz herum gefäet worden ist, frogt überdies von bewußten Unwahrheiten. Wir legten den wahren Sachverhalt des Streiks schon dar. Wenn sich Herr Gribi zur Wehre setzt, so kann man das wohl verstehen, wenn er sich aber dazu versteigt, die Arbeiter in geheimer Weise in der ganzen Schweiz zu verleumden, so gehört es sich, daß ihm dafür das entsprechende Brandmal auf die Stirn gebrüht wird. Möge man sich diese Signa merken. Der Streik, der günstige Chancen zeigt, wird sicherlich anders enden, als sich Gribi träumen ließ. Die Arbeiter sind der genügenden Unterstützung sicher und werden nicht eher vom Kampfplatze abtreten, bis der Sieg an ihre Fahne geheset werden kann.

Berichte.

Barleben. Am 6. August fand unsere Mitglieder-Versammlung statt, die gut besucht war. Die Tages-Ordnung war: 1. Vorstandswahl. 2. Verbandsangelegenheiten. Gewählt wurden: als erster Vorsitzender H. Scheuerlauf, als Kassirer A. Züngler, als Schriftführer E. Müller, als Revisoren K. Kessler und B. Osterwald. Beim zweiten Punkt wurde Mitglied Fr. Schübe, Verbands-Nr. 17 634, nach § 9 Abs. 2 des Statuts ausgeschlossen, weil er im Magdeburger Streik als Arbeitswilliger fungirt hat. Dann wurden noch andere Verbandsangelegenheiten geregelt, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

Breslau. Am Mittwoch, den 3. August, Abends 8 Uhr, fand eine gut besuchte öffentliche Zimmererversammlung in Hallmann's Lokal, Böschstraße 15/17, statt. Auf der Tages-Ordnung stand: 1. Das neue Handwerkergesetz. 2. Der Maurerstreik und seine Bedeutung für uns Zimmerer. 3. Verschiedenes. Der erste Punkt mußte ausgehört werden, da der Referent, Herr Bergmann-Breslau, nicht erschienen war. Zum zweiten Punkt schilderte Kamerad Schmidt den Maurerstreik und die Lehren für uns. Zum Schluß seiner Ausführungen machte Heber der Versammlung den Vorschlag, eine Kommission zu wählen und sie zu

beauftragt, bei dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Herrn Stadt-Syndikus Götz, anzufordern, ob er geneigt sei, die Vertreter der streitenden Parteien im Maurerstreik zu Vergleichsverhandlungen einzuladen. Hierüber entspann sich eine lebhafteste Diskussion, in welcher mehrere Redner sich dagegen erklärten. Die Abstimmung ergab die Annahme des Vorschlages und fiel die Wahl auf Schmidt und Wuttke. Schmidt ermahnte sodann die Kameraden, doch Mann für Mann dem Verbands beizutreten, denn wenn der Fall bei uns eintreten sollte, wie jetzt bei den Maurern, müßten wir geschlossen dastehen, um nicht zu unterliegen. Zum Schluß wurden Feinze und Berger in das Gewerkschaftskartell gewählt.

Burgstädt i. S. Am 30. Juli kam die mehrmals veranstaltete Hauptversammlung endlich einmal zu Stande. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde die Abrechnung des zweiten Quartals verlesen und dann die des ganzen Jahres. Ferner wurden die Beiträge entrichtet und vom Vertrauensmann darauf hingewiesen, sich mehr an den Vertrieb von Extramarken zu beteiligen resp. sich welche zuzulegen. Bei der Neuwahl des Vertrauensmannes wurde der Kamerad Bernhard Ahner trotz seines Straußens wieder gewählt. Die Wohnung desselben befindet sich Göppersdorf, Chemnitzstraße 1 b. Zu Punkt drei: „Innere Berufsangelegenheiten“, wurden diejenigen Kameraden aufgefordert, welchen der geforderte Lohn noch nicht gezahlt wird, energischer vorzugehen, damit wir für dieses Jahr zum Ziele kommen. Wenn dieses nicht geschieht, können wir nächstes Jahr auch keine weiteren Schritte in der Lohnbewegung thun. In „Verschiedenes“ wurde ein gemeinschaftlicher Ausfluß nebst Frauen in Vorschlag gebracht, welcher auch einstimmig angenommen wurde, und wurde der 20. August dazu bestimmt. Hierauf Schluß der Versammlung.

Frankfurt a. M. Am Mittwoch, den 3. August, fand im „Rebstock“ eine gut besuchte öffentliche Zimmererversammlung von Frankfurt a. M. und Umgegend statt. Zum ersten Punkte erstattete der Vorsitzende, Kamerad Hodex, Bericht über die Thätigkeit des Gewerkschaftskartells. Redner erläuterte eingehend die Punkte, welche hauptsächlich von Bedeutung waren. Bei der Neuwahl eines Delegierten zum Kartell wurde Kamerad Groß, als dessen Stellvertreter Kamerad Ernst, und zur Bauarbeiter-Schutzkommission Kamerad Höllein gewählt. Ueber das Vertrauensmännersystem entspann sich eine rege Diskussion, wiewohl dieser Punkt schon zum vierten Male auf der Tagesordnung stand. Die Kameraden werden in dieser Sache selbst nicht ganz einig; Viele sind der Ansicht, daß man langsam vorgehen müsse, um zum Ziele zu gelangen, es lasse sich abloscht Nichts daran ändern, man müsse der Sache ihren Lauf lassen. Dem gegenüber wurde von der anderen Seite betont, energischer vorzugehen, damit wir zu Dem gelangen, was wir schon längst wollten. Es wurden einige Vertrauensmänner dem Vorsitzenden gemeldet. Kamerad Hodex fordert nochmals die Kameraden auf, endlich einmal Sorge zu tragen, damit wir nicht immer dieses Thema auf die Tagesordnung setzen müssen. Unter „Verschiedenes“ erklärte der Vorsitzende, daß der Zimmermeister Lüscher, Vorsitzender des Baugewerksvereins, seinen Leuten noch keinen Pfennig zugelegt habe. Kamerad Wilsch, Müller erstattete genaue Bericht darüber. Er erklärt, daß Lüscher bis jetzt sehr wenig Arbeit gehabt hätte, momentan sei ein Neubau in Arbeit, und dachten sie, der Meister würde seinen Verpflichtungen den Gefellen gegenüber nachkommen. Aber weit gefehlt. Da sie keine Aufbesserung erhielten, wurden sie vorstellig bei ihm, und anstatt ihnen freundlich entgegen zu kommen, erklärte er rundweg: „Wer nicht arbeiten will für 40 %, der kann Feierabend machen!“ So eine schroffe Behandlung ließen sich die Kameraden nicht gefallen und werden am Samstag die Arbeit niederlegen. Ein Antrag, über den Zimmerplatz Lüscher die Platzsperre zu verhängen, wurde einstimmig angenommen. Kamerad Wollack unterzog die Baugewerksvereins Lüscher und Hiltbrand, Beide Stadtverordnete, einer scharfen Kritik; gerade diese beiden Herren seien gewaltige Gegner unserer Forderung. Kamerad Steidling fordert die Kameraden auf, thätkräftig für die Aufrechterhaltung des Antrags einzutreten und nicht morgen schon wieder hinzugehen und um Arbeit anzufordern. Weiter betont er und stellt zugleich den Antrag, daß in vier Wochen sämtliche Streikfondsbücher einzufordern seien, um zu sehen, wie viel ein jeder Kamerad Streikfondsmarken darinnen hat. Diejenigen, welche weniger hätten, müßten dieses, vom 4. Mai ab gerechnet, nachbezahlen. Darüber entstand eine Auseinandersetzung, in der die Weisheit für den Antrag eintrat. Es ist wirklich so, denn ein großer Theil findet es nicht für angebracht, am Lohnstage eine Streikfondsmarke zu nehmen, und so muß ein Viertel der Kameraden die Last auf sich nehmen, während der andere Theil höhnisch auf die opferwilligen Kameraden herunterblickt. Der Antrag Steidling wurde mit Majorität angenommen. Mittlerweile war es 11 Uhr geworden und so mußte der Vorsitzende, um dem preussischen Gesetze Genüge zu leisten, die Versammlung schließen.

Göppingen. Am Samstag, den 30. Juli, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, zu welcher die Hälfte der Mitglieder erschienen war. Es wurde nun auch die Wahl des Vorstandes vorgenommen und wurden folgende Kameraden gewählt: Vorsitzende Wagner, Melchior, und Falkenstein, Kassirer Kauerleber und Waug, Schriftführer Käder und Jennewein, Revisoren Jaub und Schädler. Es ließen sich zwei Kollegen aufnehmen und vier meldeten sich an. Vom Vorsitzenden wurde betont, daß so viele Kameraden hier arbeiten, es aber nicht einmal für nötig halten, in den Versammlungen zu erscheinen; lieber sitzen sie im Wirtshause. Die Kameraden wurden erinnert, die Agitation in energischerer Weise zu

betreiben als feither; ferner, daß sie sich mehr an dem Kauf der Streikmarken beteiligen. Es wurde darauf hingewiesen, daß wir voriges Jahr in unserer Bewegung auch unterstützt worden seien, wo wir noch nicht einmal unterstützungsberechtigt waren. Im Verhältnis zu der Unterstützung, die wir erhalten, seien wir unseren Verpflichtungen nur zum Theil nachgekommen. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die neugewählten Ausschussmitglieder, energisch ihres Amtes zu walten.

Gotha. Am 2. August tagte unsere Monatsversammlung, welche sehr schwach besucht war. Die Tagesordnung war: 1. Abrechnung vom zweiten Quartal. 2. Verschiedenes. Nachdem die Abrechnung verlesen war, machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß M. 50 aus der Lokalfasse genommen seien als Voranschuß für Streikmarken. Er weist darauf hin, daß es eines jeden Mitgliedes Pflicht ist, ein paar Marken zu kaufen. Hierauf fragte der zweite Vorsitzende an, ob wir nicht zu der nächsten Monatsversammlung Kamerad Hornung aus Erfurt und Kamerad Hille aus Eisenach einladen wollen? Ersterer solle Bericht erstatten über die Agitationsklasse, Letzterer über den Eisenacher Streik. Die Mitglieder waren damit einverstanden. Hierauf wurde über das Sommerfest gesprochen. Der Vorsitzende erklärte, daß er nirgends habe Müßel bekommen können, deswegen sei es auf Sonntag, den 14. August, verschoben worden. Ferner ermahnte er noch einmal sämtliche Kameraden, die Versammlungen fleißig zu besuchen und die uns noch fern stehenden Kameraden zu ermahnen, daß sie dem Verbands beitreten. Er weist darauf hin, daß die Meister in ganz Deutschland einen Ring bilden wollen, darum ist es auch eines jeden Kameraden Pflicht, sich zu vereinigen. Es wurde noch erwogen, eine Liste anfertigen zu lassen, worauf die Nichtorganisirten verzeichnet stehen.

Gr.-Ottersleben. Am Sonnabend, den 6. August, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stand: 1. Abrechnung vom zweiten Quartal 1898. 2. Wie stellen sich die Kameraden zum Streikfonds? 3. Verschiedenes. Der Kassirer erstattete Rechnungslegung, welche von den Revisoren als richtig befunden wurde. Zum zweiten Punkt wurde nach einer längeren Debatte beschlossen, dieses wie bisher beizubehalten und daß der Beitrag zum Agitationsfonds von jedem Mitgliede selbst entrichtet wird. In „Verschiedenes“ wurde der Antrag gestellt, eine Statistik aufzustellen betreffs der Arbeitswilligen. Dieser wurde aber wieder zurückgenommen, da hierüber eine öffentliche Zimmererversammlung von Magdeburg und Umgegend beschließen wird. Dann entspann sich noch eine längere Diskussion über den verflochtenen Streik, und wurde hauptsächlich der Platz Wischeropp gezeigelt; auch dieses wurde der öffentlichen Versammlung überlassen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Groß-Zimmern. In der Versammlung am 7. August wurde der Bericht von der Landeskonferenz in Darmstadt erstattet, und erklärte sich die Versammlung mit den Beschlüssen derselben einverstanden und verspricht dieselbe, für den Verband nach besten Kräften zu agitieren. Zwei Kameraden ließen sich aufnehmen. Zum 2. Kassirer wurde Kamerad Wörthe gewählt und dann mit einem Hoch auf das fernere Gedeihen des Verbandes die Versammlung geschlossen.

Hamburg. In der Zeit vom 9. bis 14. August fanden in den einzelnen Vororten öffentliche Bezirksversammlungen statt. Die Tagesordnung lautete in allen Versammlungen: „Wie können wir unsere Lage verbessern?“ und Diskussion. Nachdem der erste Punkt durch einen Referenten genügend beleuchtet worden war, drückten die Anwesenden im Allgemeinen die Ansicht aus, daß man für die einst von uns errungenen Lohn- und Arbeitsbedingungen ganz energisch einzutreten habe, damit die Durchbrechungen der Vereinbarungen, wie sie leider von einzelnen Arbeitgebern zu verzeichnen sind, nicht weiter um sich greifen. Ferner müßte heute mehr denn je für die Stärkung unserer Organisation gesorgt werden, denn nur dadurch sei uns sichere Gewähr gegen alle Uebergriffe der Unternehmer gegeben. — Kameraden! Da die verschiedenen Anträge in diesen Versammlungen der Mitgliederversammlung unterbreitet werden müssen und außerdem noch Weiteres zur Verathung steht, so seid Ihr hierdurch nochmals aufgefordert, Mann für Mann in der Versammlung zu erscheinen, damit die Beschlüsse, mögen dieselben ausfallen wie sie wollen, im Beisein aller Kameraden gefaßt werden.

— Am Mittwoch, 10. August, fand im Lokale des Herrn R. Gledbrock eine öffentliche Bezirksversammlung der Zimmerer statt, die von ungefähr 100 Kameraden besucht war. Genosse Efftinge als Referent schilderte die Organisation der Arbeiter und die der Unternehmer und zeigte, wie letztere bestrebt ist, die Errungenschaften der Arbeiter illusorisch zu machen. Er ermahnte zum Anschluß an den Verband, um jederzeit gerüstet da zu stehen. Mehrere Redner sprachen im Sinne des Referenten und einer derselben vertrat die Ansicht, die im vorigen Jahre bei der Platzsperre von Post & Bernstorff ausgeschlossenen wieder in den Verband aufzunehmen. Diese Ansicht wurde aber bekämpft, da wir es hier mit aufgeklärten Leuten zu thun haben, die wohl wußten, was sie thaten.

Selmbrecht. Auf Anregung der Zahlstelle Hof wurde hier selbst am 31. Juli, im Beisein des Vorstandes der Zahlstelle Hof, die Gründung einer Zahlstelle des deutschen Zimmerer-Verbandes am hiesigen Plage vollzogen. In den Vorstand wurden folgende Kameraden gewählt: Zum ersten Vorsitzenden Joh. N. Kaufen, zum Kassirer Joh. Werner, zum Schriftführer Ant. Förtich. Vorläufig meldeten sich zehn Kameraden zum Beitritt und entrichteten ihr Eintrittsgeld.

Selmstedt. Am 29. Juni tagte in Seltke's Lokal unsere Monatsversammlung zum Zweck der Neuwahl des gesammten Vorstandes. Gewählt wurden folgende Kameraden: 1. Vorsitzender: J. Schiller; 2. Vorsitzender: Gust. Günther; 1. Kassirer: R. Günther; 2. Kassirer: R. Plate; zu Schriftführern Georg Henrich und Fern. Klaus und als Revisoren Fr. Täger und Wilhelm Eggstein. Sämtliche Kameraden nahmen die Wahl an.

Königsberg. Am Dienstag (?) Abend fand eine öffentliche Versammlung der Zimmerer statt. Kamerad Holland als Delegirter vom Gewerkschaftskartell erstattete Bericht über die Thätigkeit desselben, und da er eine Wiederwahl ablehnte, wurde als Delegirter Kamerad Jbel und als Stellvertreter Kamerad E. Ottersdorf gewählt. Da weiter nichts vorlag, erfolgte Schluß der Versammlung.

Kyritz. Am 7. August tagte unsere Mitgliederversammlung, die verhältnißmäßig nur schwach besucht war. Auf der Tagesordnung stand: 1. Wahl eines Kolporteurs. 2. Wollen wir die „Baugewerks-Zeitung“ halten? 3. Gewerkschaftsachen. Mit der Kolportage wurde Kamerad J. Müller betraut. Punkt zwei wurde abgelehnt. Zu Punkt drei beauftragte der Vorsitzende, darüber zu berathen, ob es nicht besser sei, das hiesige Gewerkschaftsproblem, da es uns unter den jetzigen Verhältnissen, wo wir dem Verbands der Zimmerer Deutschlands angehören, nur schädigen würde. Es wurde sehr scharf hin und her diskutiert und schließlich beschlossen, den Antrag bis zur nächsten Versammlung zu vertagen. Hierauf wurde von etlichen Mitgliedern angeregt, da verschiedene Kameraden, welche dem Verbands angehören, noch eine gewisse Laubst zur Schau tragen und nicht genug orientirt sind, einen Redner von Hamburg oder Berlin kommen zu lassen. Der Antrag wurde angenommen und wurde dies dem Vorsitzenden überlassen. Es kamen hierauf noch verschiedene Sachen zur Verhandlung; unter Anderem wurde das Verhalten der Kameraden auf dem Zimmerplatz von Fr. Thurm gerügt.

Leipzig. Am 2. August tagte eine öffentliche Zimmererversammlung. Tagesordnung: 1. Wie stellen sich die Zimmerer Leipzigs zur Befolgung eines Geschäftsleiters? 2. Bericht der Agitationskommission. Zum ersten Punkt giebt Kamerad Laue bekannt, daß das bisherige Vertrauensmännersystem nicht mehr zeitentsprechend ist für eine Organisation, wie sie die Zimmerer Leipzigs aufweisen. Die Gefahren, denen jetzt der Vertrauensmann ausgesetzt ist, sowie Ueberstundenarbeiten werden in Wegfall kommen, denn jetzt kann er solche Sachen nicht so kontrollieren, als wenn eine Person da ist, die die Aufgaben alle in die Hand nimmt. Er führt noch mehrere wichtige Punkte an, die nur durch die feste Anstellung geregelt werden können. Das Agitationscomité soll weiter bestehen. Das Führen der Listen wird geregelt und es uns leichter sein, mehr Geld und mehr Mitglieder in den Verband zu bekommen. Mehrere Kameraden sprechen für den Antrag Laue. Ein Kamerad fordert auf, gegen den Antrag zu sprechen; doch Niemand ergreift das Wort — ein Beweis, daß ein Jeder den Nutzen einsehelt. Hoyer motivirt die Aufgabe des Vertrauensmannes und stellt den Antrag, sieben Mann zu wählen, die ohne Vorschlag der Person den Vertrauensmann zu wählen haben. Der Antrag wird vorläufig fallen gelassen. Es wird dann folgende Resolution verlesen: „Die am 2. August 1898 im „Römischen Hof“ tagende öffentliche Versammlung beschließt, einen Geschäftsleiter für die Zimmererorganisation Leipzigs mit Jahresgehalt bis auf Weiteres anzustellen. Die öffentlichen Versammlungen haben über die Dauer der Anstellung oder Entfernung vom Amte zu beschließen.“ Die Resolution wird einstimmig angenommen. — Die Wahl durch Stimmgeld ergiebt, daß Kamerad Rose mit großer Majorität gewählt ist. Ueber die Mantogelder entspannt sich eine rege Debatte. Es wird ein Antrag auf M. 30 Wochenlohn und 1 pzt. der gesammten Einnahme der gewählten Person bewilligt. Sieben Mann haben über die Arbeitsbestimmungen der gewählten Person zu beschließen. Hierauf giebt Hoyer den Bericht der Agitationskommission und schildert deren schwere Arbeit. Sie hat bis jetzt sehr viel gethan, trotzdem es oft an den nöthigen Kräften fehlt. 45 Versammlungen sind abgehalten und sechs neue Zahlstellen sind gegründet worden (Burgen, Zwenkau, Großsch, Merseburg, Dürrenberg und Raumburg). Er giebt noch unter der Heiterkeit der Anwesenden einige Maßnahmen der Polizei bekannt und ermahnt, thätig für die Agitation zu wirken.

Ludwigshafen. In der Mitgliederversammlung vom 30. Juli wurde vom Kassirer die Abrechnung vom zweiten Quartal vorgelegt und deren Richtigkeit seitens der Revisoren bestätigt. Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. Dann wurde die Wahl von Platzdeputirten vorgenommen und für jeden Platz ein solcher gewählt.

Magdeburg. In der Mitgliederversammlung am 6. August lautete die Tagesordnung: 1. Abrechnung vom zweiten Quartal. 2. Wahl eines zweiten Vorsitzenden und eines Revisoren. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde vom Kassirer verlesen, von den Revisoren bestätigt und dem Kassirer Decharge ertheilt. Für den Revisor, der arbeitswillig geworden, wurde Wilhelm Lauben sen. gewählt und für den zweiten Vorsitzenden, der sein Amt niederlegte, Julius Kühne. Es wurde ersucht, die Verbandsversammlungen besser zu besuchen. Die Wochenbeiträge zu erhöhen, wurde bis zum Frühjahr verschoben. Ferner wurde über das in Kraft tretende Innungsschiedsgericht debattirt und zur näheren Besprechung dieses Thema einer öffentlichen Versammlung überwiesen.

Mainz. Am 7. August tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, welche freilich besser hätte besucht

sein sollen. Alle vier Wochen ist nur einmal Versammlung und dann muß sich auch ein jedes Mitglied angelegen sein lassen, zu erscheinen; so darf es unter keinen Umständen weiter gehen. Von jetzt an werden die Versammlungen nur im „Zimmerer“ bekannt gegeben, alles Andere ist doch nur hinausgeworfenes Geld. Der Vorsitzende verlas ein Schreiben von den Revisoren, in dem sie sich von der Versammlung entschuldigten. Ferner theilten sie mit, daß sie die Kasse revidirt und Alles in musterhafter Ordnung befunden hätten, dem Kassirer sei Decharge zu ertheilen, welches auch geschah. Der Gewerkschaftsdelegirte theilte mit, daß am 4. September in der „Stadthalle“ ein allgemeines Gewerkschaftsfest abgehalten würde, woran sich jeder Zimmerer betheiligen solle. Ferner wurde ein Familienfest abzuhalten beschlossen, welches am zweiten Sonntag im September stattfinden soll. Eine siebenjährige Kommission soll das Weitere bejorgen. Dann wurde Klage geführt über den ersten Schriftführer, welcher einige Kameraden verlastet haben soll, weil sie zu lange Mittag gemacht haben sollen. Sie mußten den Arbeitsplatz verlassen und nach dem Zimmerplatze zurückgehen. Es wurde der Antrag gestellt, Bredlow aus dem Vorstande auszuschließen; da der Betreffende aber nicht anwesend war, um sich zu vertheidigen, soll er sich in nächster Versammlung ausdrücken. Sodann wurde der zweite Schriftführer beauftragt, die Protokolle so lange weiter zu führen. Hiermit schloß die Versammlung.

Neu-Muppin. Am 7. August fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Nach der Beitragszahlung und Verlesung des Protokolls verlas der Kassirer die Abrechnung vom zweiten Quartal, dieselbe war von den Revisoren für richtig anerkannt und wurde dem Kassirer Decharge ertheilt. Dann wurden die Kameraden aufgefordert, der Zentral-Krankenkasse in Hamburg beizutreten. Die Kameraden, die bei Zunftmeistern arbeiten, nahmen vorläufig davon Abstand, weil sie noch nicht alle organisiert sind. Außerdem sind sie auch an einen niedrigeren Beitrag gewöhnt, weil der Meister seinen Theil zugiebt. Die Kameraden bei dem Unternehmer B. K. werden jedoch, wenn es ihnen möglich, hier eine örtliche Verwaltungsstelle der Zentral-Krankenkasse gründen. Ferner wurde um eine bessere Vertheilung unseres Organs gebeten. Es wurde beschlossen, die Zeitungen der zehn Wechliner Kameraden direkt von Hamburg an den Kameraden Doßmann, Wechliner Chauffee wohnhaft, zu senden, und hat Doßmann für die Vertheilung zu sorgen. Ebenfalls sollen die Zeitungen an die sieben Kameraden in Frankendorf direkt gesandt werden, einen Kolporteur haben dieselben sich selbst zu wählen. Allen anderen Kameraden wird die Zeitung direkt in's Haus gesandt durch den Neu-Muppiner Kolporteur. Ein Antrag, die alten Kameraden, die zur Zeit der Gründung unserer Zahlstelle hier nicht mehr im Baufach beschäftigt waren, als Ehrenmitglieder aufzunehmen, wurde größtentheils mit Freuden begrüßt; jedoch soll sich der Vorstand beim Hauptvorstande erst erkundigen, ob es zulässig ist, derartige Ehrenmitglieder aufzunehmen. Ueber die Frage: „Die alte Gewerkschaft aufzulösen und die Fahne der hiesigen Zahlstelle des Verbandes zu übergeben“, wurde der Vorstand beauftragt, eine Versammlung des Zimmergewerks einzuberufen. Der vorhergelaufenen Zeit wegen wurde auf Antrag die Versammlung geschlossen.

Nürnberg. Am 7. August fand eine Mitgliederversammlung der Zahlstelle statt. Zur Aufnahme meldete sich ein Kamerad. Den Kartellbericht erstattete Kamerad Kaul und betonte bez. des Bierbrauerstreits in Fürth, daß bei Grüner hochkottirtes Bier verschickt wird. Ferner geht er bekannt, daß die Bestattung der Ueberreste des verstorbenen Abgeordneten Grillenberger im September stattfindet, und ersucht er die Anwesenden, für Ordnung und Schonung der Gräber und Anlagen auf dem Friedhofe zu sorgen. Ferner wurde auf den Hasnerstreik aufmerksam gemacht. Bezüglich der Agitation wurde bekannt gegeben, daß die Tour in Nordbayern auf Kameraden Ecke aus Böttau übertragen sei. Damit die Versammlung hier am Orte gut besucht wird, sollen 1200 Flugblätter dem „Zimmerer“ beigelegt werden.

Drei allgemeine Bauhandwerkerversammlungen fanden am 2. August in der „Goldenen Rose“ am Webersplatz, „Kaiserkrone“, Leonhardsgasse, und „Bürgerfall“, Steinbühl, statt. Vortragende waren die Genossen Breder, Krynast und Merkel. Die Versammlungen nahmen nachstehende Erklärung an: „In Erwägung, daß die Akkordarbeit im Baugewerbe am hiesigen Orte immer mehr und mehr um sich greift, fordern die heute, den 2. August, versammelten Bauhandwerker Nürnbergs alle Berufsangehörigen auf, dahin zu streben, daß dieses fluchwürdige System intensiver Ausbeutung möglichst ganz beseitigt werde. In weiterer Erwägung, daß auch die Ueberstundenarbeit sich soweit entwickelt hat, daß man nicht mehr unterscheiden kann, ob eine 10., 11., 12. oder 13stündige Arbeitszeit vorhanden ist, fordern die Versammelten ebenfalls, daß dieses System gänzlich, außer in Nothfällen, beseitigt werde. Treten nun solche Nothfälle ein, so haben die dabei Betheiligten energisch dahin zu streben, daß die in den einzelnen Branchen bewilligten Prozente ausbezahlt werden. Dort, wo solche noch nicht eingeführt, ist in aller nächster Zeit darnach zu trachten, daß eine derartige Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern getroffen wird. Ferner fordern die Versammelten die bereits bestehende Bauhandwerkerkommission auf, mit praktischen Vorschlägen betreffs Festsetzung von Unfallverhütungsvorschriften an den Stadtmagistrat resp. an die Baupolizeibehörde heranzutreten, denn in den bis jetzt bestehenden Vorschriften können die Bauhandwerker keinen baugewerblichen Arbeiterschutz erblicken, was die täglichen Unfälle beweisen. Endlich fordern die Versammelten die Zeitungen der hiesigen Bau-

handwerkerorganisationen auf, die organisierten Arbeiter in unserem Gewerbe für oben Angeführtes zu gewinnen und so den Indifferenten mit gutem Beispiele voranzugehen, denn darin erblicken die Versammelten die Gewinnung derselben für die Organisation.“ Genosse Merkel, der in der „Kaiserkrone“ sprach, wies darauf hin, daß die Gewerkschaften schon seit Jahren die Beseitigung des Akkordsystems anstrebten. In Nürnberg sei eigentlich laut Vereinbarung die 10stündige Arbeitszeit im Baugewerbe eingeführt. Thatsächlich werde aber weit länger gearbeitet. Noch um 8 Uhr Abends könne man Kollegen auf den Bauten sehen. Der Lohnzuschlag von 25 pSt. sei von den Zunftmeistern durch Ehrenwort und Unterchrift zugesichert worden; fast nirgends werde der Zuschlag aber bezahlt. Die Kollegen seien auch zu feige, ihn zu verlangen. Glend gestalte sich das Leben für die außerhalb wohnenden Arbeiter, die gewöhnlich um 4 Uhr Morgens von zu Hause fort mühten und erst nach 9 Uhr Abends heim kämen. Solche Leute wären natürlich nicht mehr im Stande, ihr Arbeiterblatt zu lesen, was doch die heiligste Pflicht jedes organisierten Arbeiters sei. Redner kam dann auf die Erhebungen zu sprechen, die die Maurer und Steinhauer kürzlich auf den hiesigen Neubauten veranstaltet hatten, um zu ermitteln, ob die Vorschriften zum Schutz der Bauhandwerker beobachtet würden. Das gewonnene Material war dem Magistrat übermittelt worden. In öffentlicher Magistratsitzung waren darauf diese Erhebungen als theils unrichtig, theils übertrieben hingestellt worden. Der Magistrat hatte nämlich durch seine zehn Kontrollbeamten die Erhebungen nachprüfen lassen. Genosse Merkel wies nun in gerechter Entrüstung diesen öffentlichen Vorwurf, daß die Arbeiter Lügner seien, zurück. Die Ermittlung der Arbeiter, daß auf 35 Neubauten der Abort fehle, habe man z. B. als übertrieben hingestellt. Also sei doch zugestanden, daß thatsächlich Aborte fehlen. Wo war denn aber die Baukontrolle, um die Uebelstände zu beanstanden? Verlangt müsse auch werden, daß nach Geschlechtern getrennte Baubuden von bestimmter Größe zu errichten seien. Heute wären die Frauen gezwungen, zu warten, bis die Männer sich gewaschen hätten, dann könnten sie sich erst entkleiden und seien doch nicht sicher vor den Blicken zufällig Hinzukommender. In der Debatte wurde von mehreren Kollegen die Art der hiesigen Baukontrolle arg an den Pranger gestellt. Ein Kollege erzählte, daß z. B. in einem Fall für zehn Neubauten nur ein Abort existire, der natürlich immer besetzt sei. Von anderer Seite wurde erwähnt, auf dem Bauplatz des Magistratsrath Lindstädt an der Rennbahn habe man für den Noth unter dem Abort nur eine Grube gemacht. Auf Anzeige der Arbeiter wurde die vorchriftsmäßige Tonne zwar angeschafft, aber einfach in den Noth hineingeworfen. Jetzt laufe die Tonne über. Das sei doch auch übertrieben. (Heiterkeit). Der zweite Vorsitzende Schmöbs sprach gegen die Resolution, weil nicht eigens angeführt sei: Ueberstunden dürfen nicht gemacht werden, wenn nicht Gefahr für einen Nebenmenschen vorhanden ist.

Ober-Raustadt. Am 6. August fand hier selbst die konstituierende Versammlung der Zahlstelle und der Uebertritt der Mitglieder aus der Zahlstelle Darmstadt statt. Fünf Kameraden ließen sich neu aufnehmen. Als Schriftführer wurde Kamerad Gunkel gewählt. Dann wurde beschlossen, alle 14 Tage eine Mitgliederversammlung abzuhalten und im Versammlungs-Anzeiger des „Zimmerer“ bekannt zu machen.

Oggersheim. Am 17. Juli tagte hier eine öffentliche Zimmererversammlung, die zur Zufriedenheit besucht war. Es wurde die Vorstandswahl vorgenommen und folgende Kameraden gewählt: M. Kloor, erster, P. Amend, zweiter Vorsitzender; Seb. Müller, erster, R. Lindendörfer, zweiter Kassirer; M. Wöcker und G. Kloor, Schriftführer; L. Müsch und F. Benz, Revisoren. Dann hielt Kamerad Schilling aus Mannheim einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über den Zweck des Verbandes der Zimmerer Deutschlands.

Saarbrücken. Am 7. August fand unsere allgemeine Mitgliederversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Es scheint, daß endlich Geist und Leben in die hiesigen Kameraden kommt und daß es immer heller wird hier im königreiche Stumm. Es ließen sich vier Kameraden aufnehmen, so daß wir jetzt 33 Mitglieder haben. Dann wurde beschlossen, eine öffentliche Versammlung abzuhalten und Kamerad Detjen beauftragt, dieselbe einzuberufen, ebenso auch die Sache der hier stattfindenden öffentlichen Gewerkschaftsversammlung in die Hand zu nehmen. Ferner wurde noch beschlossen, eine Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse zu gründen. Vom Vorstand wurde darauf hingewiesen, daß etliche faumselige Mitglieder gemahnt werden sollen. Dann wurde die Versammlung geschlossen.

Salzwedel. Am 31. Juli fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, welche leider sehr schwach besucht war. Nachdem die Beiträge gezahlt, wurde zur Vorstandswahl geschritten. Es wurden gewählt die Kameraden: Werner als erster, Schumann als zweiter Vorsitzender, Schierand als Kassirer, Lamotte als Schriftführer und Tünger und Mertens als Revisoren. Der Vorsitzende wies dann darauf hin, daß in aller Kürze eine öffentliche Versammlung der Maurer stattfindet, zu der auch die Zimmerer eingeladen werden. Hierauf schloß die Versammlung.

Send. In der am 7. August abgehaltenen öffentlichen Zimmererversammlung wurde einstimmig beschlossen, unsere Zahlstelle aufrecht zu erhalten. Vier neue Mitglieder wurden aufgenommen, so daß wir jetzt 17 Mitglieder zählen. Es ist dies eine kleine Zahl von den hier wohnenden 45 Zimmerern, aber wir hoffen, auch

die anderen zu überzeugen. Den Bericht von der Darmstädter Konferenz erstattete Kamerad Roth von Groß-Zimmern, welcher als Delegirter auf derselben anwesend war. Dann wurde der neue Vorstand gewählt wie folgt: H. Koch, Vorsitzender; H. Mohrhard, erster und H. Bömig, zweiter Kassirer; Franz Fühler, Schriftführer.

Weissenau. Am 2. August tagte unsere ordentliche Mitgliederversammlung, welche leider sehr schlecht besucht war. Der Uebelstand ist der, daß hier in Weissenau fast jeden Sonntag Festlichkeiten sind, und dazu haben die Herren Zimmerer immer Geld. Wenn aber eine Versammlung einberufen wird, da haben sie noch nicht einmal so viel übrig, daß sie diese besuchen können. Auf der Tagesordnung stand: „Abrechnung vom zweiten Quartal, Vorstandswahl und Verschiedenes“. Die Abrechnung vom zweiten Quartal wurde von den beiden Revisoren genau kontrollirt und für richtig befunden. In den Vorstand wurden gewählt: Erster Vorsitzender Franz Knab, zweiter Adam Gill; erster Kassirer Adam Müller, zweiter Johann Keller; erster Schriftführer Friedrich Mundschent, zweiter Ernst Gid; zu Revisoren Balthasar Wippel und Joseph Gill. In „Verschiedenes“ wurde ergrüht, daß unser vorhergehender Kolporteur, Matthes, sehr träge war, so daß sich die Mitglieder beim Vorstande beschwert haben. Der Vorstand hat sofort eine Vorstandssitzung einberufen und ist dem Betreffenden sofort die Sache entzogen worden. An seiner Stelle wurde Kamerad Adam Gill gewählt. Die rückständigen Beiträge sind nun eingezogen und sind wir nun wieder 34 zahlende Mitglieder. — Am 10. Juli bekamen wir eine Nachricht vom Vorstande von Mainz, daß wir in Weissenau bis Sonnabend, den 16. Juli, eine Zimmererversammlung einzuberufen hätten, in der der Hauptvorstande Schraber von Hamburg sprechen sollte. Die Versammlung wurde einberufen und wir hatten sicher gedacht, daß wie eine gute Versammlung bekommen würden, aber leider waren kaum 20 Mitglieder erschienen. Kamerad Schraber referirte über: „Die Agitation und die Streiks der Zimmerer in Cannstatt, Brandenburg, Düsseldorf, Hanau, Magdeburg, und Spandau“. Derselbe referirte über diesen Punkt zwei Stunden. Nach einer kleinen Pause wurde über „Verschiedenes“ gesprochen, und zwar über die Lohnbewegung, die hier stattgefunden hat. Die drei Mann der Lohnkommission von Weissenau haben es den Mitgliedern nochmals klargelegt, daß wir dieses Jahr 40 % pro Stunde erhalten und für das nächste Jahr mit 42 % auftreten können. Dann wurde die Versammlung geschlossen.

Wiesbaden. Bericht der öffentlichen Zimmererversammlung vom 1. August 1898 im „Schwalbacher Hof“. Die Versammlung wurde um 9 Uhr eröffnet und zu den angelegten Wahlen geschritten. Für das Gewerkschaftskartell wurden Fr. Holl und Aug. Gul gewählt. Zur Bautenkontrollkommission Fr. Holl und Heinrich Diebel. Zum ersten Vorsitzenden wurde F. Jäger und als Stellvertreter Emil Dörner gewählt. Der Delegirte der Darmstädter Konferenz berichtete, daß Kamerad Schraber-Hamburg auch zugegen war und hauptsächlich dafür gewesen sei, daß wir auch wieder beitreten sollten. Demgemäß wurde schließlich denn auch beantragt. Der Kassirer erstattete Bericht vom 2. Quartal, und nachdem die Abrechnung verlesen und von den Revisoren begutachtet war, wurde ihm Decharge ertheilt. Dann erfolgte Schluß der Versammlung.

Würzburg. Am Sonntag, den 31. Juli, Nachmittags 2½ Uhr, fand in Högberg im Schmitt'schen Gasthause die regelmäßige Generalversammlung der Zahlstellen Würzburg, Heibingsfeld und Versbach statt. Dieselbe war ziemlich gut besucht. Auf der Tagesordnung stand: 1. Verlesung des Protokolls vom 24. Oktober 1897. 2. Arbeiterorganisationen und Unternehmerverbände. 3. Statutenberatung des Arbeitersekretariats Würzburg. 4. Verschiedenes. Zum ersten Punkt verlas der Schriftführer das Protokoll, worin bestimmt ist, in jedem Quartal eine Generalversammlung der vereinigten Zahlstellen (Würzburg, Heibingsfeld, Versbach und Högberg) in der betreffenden Ortschaft abzuhalten, um gemeinsam über Verbands- und Gewerkschaftsangelegenheiten zu beraten, Mißstände zu besprechen usw. Zum zweiten Punkt hielt Kamerad Engler einen klaren und deutlichen Vortrag. Er zeigte den Anwesenden, wie die Unternehmer jetzt überall Verbände gründen, um uns Arbeiter zu unterdrücken, unsere Organisationen zu sprengen und schwarze Listen herauszugeben, um die Arbeitgeber in anderen Städten zu warnen, auch Kameraden, welche infolge eines Streiks oder aus anderen Ursachen in anderen Städten Arbeit suchen, dieses zu erschweren. Er legte es allen Anwesenden dringend an's Herz, fest zur Organisation zu halten, dieselbe kräftig auszubauen und sie namentlich materiell zu unterstützen, dann könnten die Anstürme der Unternehmer siegreich abgewiesen werden. Zum dritten Punkt wurden die Statuten des Arbeitersekretariats verlesen und einstimmig angenommen. Unter „Verschiedenes“ erklärten fünf Kameraden der aufgelösten Zahlstelle Versbach ihren Beitritt zur Würzburger Zahlstelle und wählten als Vertrauensmann den Kameraden Karl Ringelmann aus Versbach. Diese Kameraden versprachen, mit allen Mitteln dafür einzustehen, daß Versbach wieder fest zum Verbands- und Gewerkschaftsverbande gehöre. Darauf wurde ein alter Zimmerer, ehemaliger Polier auf Mich. Leipold's Platz, welcher jederzeit für seine Mitarbeiter eintrat und seinerzeit, weil er dem sozialdemokratischen Wahlverein angehörte, von seinem Arbeitgeber gemäßigert wurde, als Ehrenmitglied unserer Zahlstelle ernannt und ihm ein diesbezügliches Diplom übergeben. Nachdem der Vorsitzende Gümmler die Kameraden ermahnt hatte, jederzeit den Verband hochzuhalten, fleißig die Versammlungen zu besuchen und sich mehr als

bisher am Streifenmarkenkauf zu beteiligen, wurde die Versammlung geschlossen.

NB. Nach der Versammlung war Sommervergügen im Schmitt'schen Restaurationsgarten, wo sich die Zimmerer mit Frau und Kinder, bei guter Musik und gutem Stoff, bis in die späte Nacht vergnügten. Kein Mißton störte das Vergnügen.

Baugewerbliches.

Aufruf an die Bauarbeiter in Baden.

Zu Anfang des Frühjahrs 1897 veranstaltete die badische Regierung eine Enquete betreffs Untersuchung der Zustände im Baugewerbe. Es geschah nur, weil die Bauarbeiter schon Jahre lang beklagt waren, die Mißstände auf Bauten zu beseitigen. Bei dieser Enquete wurden die verschiedenen Mißstände im Baugewerbe zur Sprache gebracht und anerkannt. Wenn man aber glaubte, daß die badische Regierung diese anerkannten Mißstände beseitigen werde, so täuscht man sich gewaltig. Als der Landtagsabgeordnete, Genosse Dreesbach, nach einem Jahre in der badischen Kammer die Mißstände im Baugewerbe vorbrachte, wurden dieselben von dem Vertreter der badischen Regierung nicht nur geleugnet, sondern dieser stellte sogar die Behauptung auf, man beschwere sich in den Bauarbeiterkreisen über zu starke Kontrolle.

Um nun die badische Regierung endlich einmal zu veranlassen, den Wünschen der Bauarbeiter gerecht zu werden, erscheint es als notwendig, in allen Städten Badens nicht nur statistische Erhebungen zu veranstalten, sondern auch öffentliche Protestversammlungen abzuhalten. Wir erlauben die Bauarbeiter Badens sowohl als auch die Gewerkschaftskartelle der einzelnen Städte längstens bis zum 15. d. M. uns Mitteilung zu machen, wann eine diesbezügliche Versammlung stattfinden kann, zu welcher die unterzeichnete Kommission einen Referenten entsenden wird. Als geeigneter Tag scheint der Kommission der Samstag oder Sonntag. Im Uebrigen verweisen wir auf ein von uns verfaßtes Zirkular. Bauarbeiter Badens! Wenn es Euch ernst ist mit der Beseitigung der Mißstände im Baugewerbe und der Einführung einer staatlichen Kontrolle, dann ist es Pflicht für sofortige Einberufung diesbezüglicher Versammlungen einzutreten.

Im Auftrage der Bauarbeiter-Kommission in Baden:

Jos. Kraus, Schwefingerstraße 23.

Risiko der Bauarbeiter. Nürnberg. Am 29. Juli stürzte von einem Neubau in der Oberwörthstraße ein Zimmerer ab und verletzte sich den Kopf sehr schwer. — Am 30. Juli stieß sich auf dem Rampen ein Zimmerer ein Stemmisen in den Unterschenkel und verletzte sich dadurch sehr schwer.

Gräfenhain. Am 1. August stürzte bei dem Aufstellen eines dreistöckigen Hauses in Gotha unser Kamerad Alexander Röber ab und war sofort tot.

Schleusingen. 26. Juli. Beim Bau des hiesigen Schlachthauses erlitt der Zimmermann Georg Schmidt aus Hinterbach einen Oberschenkelbruch.

Strasbourg im Elsaß. 28. Juli. Heute Morgen ereignete sich beim Bau der medizinischen Klinik ein schwerer Unfall. Eine eiserne Klammer fiel aus der Höhe von etwa 15 Meter herab und traf den Zimmermann Urban aus Weibbruch so unglücklich auf den Kopf, daß er schwer verletzt zusammenbrach. Dem Armen wurde die Hirnschale gespalten.

Detmold. 30. Juli. Bei dem Neubau an der Oberenstraße gegenüber der Aktienbrauerei stürzte gestern Morgen ein Mauerlehrling vom Gerüst und erlitt außer einigen Verletzungen im Gesicht einen Armbruch.

Danzig. 2. August. Von dem Gerüst des Müller'schen Neubaus am Hauptthor stürzte heute ein Maurer aus einer Höhe von vier Stockwerken auf das Straßenpflaster herab und blieb befinnungslos liegen.

Dessau. 3. August. Am Bau der Rathbrücke über die Mulde erlitt gestern Mittag gegen 12 Uhr der Zimmergeselle Karl J. beim Umkanten eines Balkens eine Quetschung des Fußes.

Wormen. 2. August. Ein zweites Opfer haben die Neubauten am Gemarker-Ufer gefordert. Gestern stürzte dort ein junger Mann aus der Höhe der zweiten Etage herab und erlitt außer inneren Verletzungen einen Bruch beider Beine. Die Verletzungen sind so schwerwiegender Natur, daß der Vermisste wahrscheinlich nicht mit dem Leben davonkommen wird.

Duisburg. 2. August. Der Zimmermann Malek stürzte heute Morgen von einem Neubau in der Postgasse herunter in den Keller und schlug mit dem Kopfe auf die Eisenträger, welche erste Etage und Kellerräume tragen. Malek erlitt außer einer inneren Erschütterung schwere Kopfverletzungen.

Wiesburg. 4. August. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern Nachmittag beim Schornsteinbau auf dem Wiesburger Portland-Zementwerk „Teutonia“. Beim Aufwinden von Steinen brach der sogenannte Galgen und die oben an demselben hängenden Steine fielen auf die auf dem Gerüste stehenden beiden Maurer, von denen einer sofort tot blieb, der andere so verletzt wurde, daß er bald darauf verstarb.

Oberpeilau (Oberschlesien). 2. August. In der Dampfsgemühle von Liebich wurde dem 30jährigen Zimmermann Hermann Göder von der Triebwelle der rechte Arm buchstäblich ausgerissen. Der Bewahnerwerthe wollte ein Hobelmesser schleifen und ist von der Welle erfaßt worden. Er erlitt außer dem Verlust seines Armes noch Verletzungen am Kopfe und anderen Körpertheilen.

Moderne „Baukunst“. Aus Rattowitz in Oberschlesien wird unterm 5. August geschrieben: Man hat sich in letzter Zeit hier daran gewöhnt, sobald Feuer-signale erklingen, sofort an einen Hauseinsturz zu denken. Als heute Vormittag wieder einmal diese Signale sich hören ließen, fehlte es deshalb nicht an Stimmen, welche ausriefen: „Es ist gewiß wieder ein Haus eingestürzt.“ Diese Vermuthung hat sich leider bestätigt. An dem Neubau des Herrn Ehrlich an der Schillerstraße, Ecke Uferstraße, ist der Erker mitsammt dem Gerüst eingestürzt und hat eine Anzahl der dortselbst beschäftigten Arbeiter unter den Trümmern begraben. Drei Maurer und ein Zimmermann wurden sofort zu Tode befördert. Allen Anscheine nach ist Einer schwer, der Andere leicht verletzt. Der Bau wird durch Maurermeister Riesenfeld ausgeführt.

Aus Arnberg wird unterm 22. Juli geschrieben: Unter volterndem Getöse stürzte gestern während der Mittagspause an dem neuen Schloßwege hier ein Neubau zusammen. Gätte der Zusammensturz nicht zur Mittagszeit stattgefunden, so würden die Arbeiter unter den Trümmern begraben worden sein.

Wilhelmshaven, den 1. August. Unter lautem Krachen stürzte heute Morgen der von Herrn Architekt Buschlies an der Louisestraße ausgeführte Neubau zusammen. Zum Glück befand sich von den Arbeitern Niemand in dem bereits bis zum Dach fertigen Hause. Da die Dachdecker sich rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, wurde Niemand verletzt.

Aus Delmenhorst wird uns unterm 25. Juli geschrieben: Am Sonnabend, Nachm. 6 Uhr, als die Arbeiter eines Neubaus der Linoleumwerke „Anter-Marke“ den Bauplatz verließen, stürzte plötzlich der Neubau, ein zirkuläres Quadratmeter großer, ungefähr bereits fertig gestellter Schuppen, in sich zusammen. Vier Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Die Kollegen der Verthäteten begannen sofort das Rettungswerk, und gelang es bald, die Verunglückten zu befreien. Drei der Betroffenen kamen mit geringfügigeren Verletzungen davon, während der vierte nach dem Krankenhause gebracht werden mußte, wo der Bruch eines Oberschenkels festgestellt wurde. Ueber die Ursache des Einsturzes des von der hiesigen Firma Twisterling ausgeführten Neubaus läßt sich augenblicklich noch nichts Bestimmtes melden. Der Neubau ist im Submissionswege vergeben worden und Twisterling hat denselben um M. 1000 billiger angenommen, als sein nächster Konkurrent gefordert. Wäre der Einsturz nur 2 bis 3 Minuten früher erfolgt, so wären alle dort beschäftigten Arbeiter, zirkulär 20 auf der Zahl, verschüttet worden. Der Einsturz giebt uns Veranlassung zur Betrachtung der gesammten hiesigen Baupraxis. Betrachtet man sich die hiesigen Neubauten, so muß man sich wundern, daß nicht schon mehrere Einstürze zu verzeichnen sind, oder daß unsere Gesundheitsverhältnisse nicht in dem Maße schlechter sind. Der Grund wird mehr oder weniger ausgeschachtet und auf diesem nassen Sand- oder Lehmboden, wobei oftmals die Arbeiter bis an den Leib im Wasser stehen müssen, das Gebäude aufgesetzt; in ganz kurzer Zeit ist das Haus fertig, und noch bevor Thüren und Fenster eingesezt sind, ja sogar bevor das Dach fertig gedeckt ist, werden die Räumlichkeiten bezogen. Die Mauern der Gebäude werden zumeist so leicht und schwach aufgeführt, daß man glauben müßte, der geringste Sturm wird das Haus umwerfen. Eine Vaupolizei scheint hier überhaupt nicht vorhanden zu sein, denn sonst würde doch wenigstens angeordnet sein, die Häuser vor dem Einziehen der Familien gänzlich fertigzustellen und wenigstens eine Zeit lang trocken zu lassen. Die meisten der hiesigen Wohnungen weisen die Unannehmlichkeit auf, daß die Wände vollständig feucht, ja sogar, daß diese von Wasser tropfen. Und in solchen Brutstätten für Gift und Rheumatismus, sowie für alle sonstigen Krankheiten wohnen die Familien. In ein und demselben Raum wird vielleicht noch gefocht und geschlafen, der Wasserdampf vermischt sich mit der Feuchtigkeit der Wände und erzeugt so eine Luft, die selbst für den gesündesten Menschen ein sicher wirkendes Gift bedeutet. Wohl in den meisten Orten und Städten, ja selbst auf dem Lande Mitteldeutschlands besteht die Vorschrift, alle Neubauten vor Benutzung auf verschiedene Fristen auszulüften und trocken zu lassen. Bei uns jedoch sind solche Vorschriften „böhmische Dörfer“, und die Häuser werden bezogen, während noch der Fußboden gelegt wird. Daß bei solchen Zuständen Einstürze u. u. noch so selten sind, ist wirklich zu verwundern, noch mehr fordert es aber die Bewunderung heraus, daß bei solchen Verhältnissen, die hier Jedem bekannt sind, die Behörde noch nichts gethan hat, um der weiteren Ausbreitung dieser das Volkswohl vernichtenden Zustände Einhalt zu thun. Hier am Orte besteht eine Innung geprüfter Baumeister, die 27 Mitglieder zählt. Diese haben alle den Bescheinigungsnachweis erbracht, Twisterling ist Obermeister, und daß er das Zeug dazu hat, beweist der oben angegebene Neueinsturz. Twisterling ist auch Delegirter bei dem Sektionsvorstand der Baugewerks-Vereinsgenossenschaft.

Aus Rostock wird uns in Erwiderung der Notiz in Nr. 32 des Zimmerer geschrieben: Thatsache ist ja, daß die Stadt sich in den letzten Jahren an allen Enden ausgebaut hat. Jetzt sind 50 bis 60 Maurer arbeitslos und wir Alle sind der Meinung, daß die Arbeitslosigkeit in immer größerem Maße Platz greift, da die Ausbitten auf Besserwerden nicht vorhanden sind. Arbeiterwohnungen sind knapp und die Willen stehen leer. Streifende Kameraden sollen auf die Notiz hin nicht nach Rostock kommen.

Die Budapester Bauarbeiter haben ein mit zirka 9000 Unterschriften versehenes Memorandum an den Handelsminister abgefaßt, in welchem sie darlegen, daß durch das neue System den so häufigen Bauunfällen nicht vorgebeugt werde. Sie suchen um die Errichtung von aus Arbeitern bestehenden und von Arbeitern gewählten Arbeitsinspektionen, die Einbringung von Arbeiterschutzgesetzen und die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit nach.

Große transportable Wohnhäuser. In Amerika, in der Ortschaft Corona bei New-York, hat sich eine Industrie entfaltet, welche viele Personen mit der Herstellung beweglicher Wohnhäuser beschäftigt. Die verschiedenen Theile solcher Häuser bestehen durchweg aus Holz und nur die Stübe, die unbedingt aus Eisen bestehen müssen, machen eine Ausnahme. Damit man das perfekte Zusammenpassen eines solchen Hauses vor dem Versand exproben kann, wird es in der Fabrik vollständig montirt. Passen alle Theile gut, so werden sie auseinander genommen und mit Allem, was drum und dran hängt, nach ihrem Bestimmungsorte befördert. Diese hölzernen Bauten werden hauptsächlich in Südamerika gekauft; außerdem sind Jäger und Schiffer aus anderen Theilen Amerikas Abnehmer dafür. Transportable Wohnhäuser werden nach verschiedenen Mustern angefertigt; immerhin werden auch große Häuser von zwei bis drei Stockwerken, mit je acht bis zwölf Zimmern, auf diese Weise erbaut. Die Häuser werden, ob ein-, zwei- oder dreistöckig, zusammengefügt, ohne daß auch nur ein Nagel gebraucht wird. Der Preis eines Hauses mit 18 Zimmern beträgt M. 42500. Ein solches transportables Wohnhaus wurde z. B. von Corona aus nach der Argentinischen Republik geliefert.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Zu Lengereich sind die Differenzen an dem Neubau der Zementfabrik geregelt.

Aus Fürth wird uns geschrieben, daß die Sperre über den Gießhaken Platz weiter besteht, und es wird erlucht, den Zuzug fern zu halten; insbesondere werden die fremden Kameraden erlucht, den Platz zu meiden.

Zu Hamburg, bei der Firma Mahr & Claussen, haben am 13. August 38 Zimmerer die Arbeit eingestellt. Vor Zuzug, speziell vor Annahme von Arbeit bei genannter Firma, wird hierdurch gewarnt.

Zu Spandau sind vom Dienstag, den 9. d. M., ab, sämtliche Zimmerer und Maurer ausgesperrt. Ursache zu dieser, ableiten der dortigen Baugewerksinnung verfügten Maßnahme gab die Firma F. & O. Reinecke. Letztere hatte sich bisher hartnäckig geweigert, den von Seiten der Zimmerer geforderten Lohnsatz von 50 % pro Stunde zu zahlen, während die übrigen Baugewerkschaftsinhaber (ausschließlich Sambach und der Obermeister der Innung), soweit solche eine größere Anzahl Leute beschäftigten, die gestellte Forderung bewilligt hatten. Ueber das Geschäft Reinecke's war deshalb die Sperre verhängt. Gerade als der Platzdelegirte von dem Geschäft des Obermeisters mit Letzterem in Unterhandlung stand, erlitten Reinecke auf der Baustelle und überredete Letzteren, Abstand von der Bewilligung zu nehmen und seine sämtlichen Leute einfach auszusperrern. Diesem Beispiele folgten auch alle übrigen Mitglieder des Innungskollegiums, so daß am 9. d. M. za. 70 Zimmerer und wohl za. 300 Maurer ausgesperrt waren. Nicht betroffen von dieser Maßregelung sind nur Lehrlinge und Polire. Der starkste Terrorismus ist hiermit auf die Mehrzahl der Baugewerkschaftsinhaber ausgeübt worden und macht sich auch schon heute der Unmuth unter den Letzteren breit. Offenbar auf der Hand liegt die Vermuthung, daß der p. p. Reinecke, von welchem die ganze Machination ausgeht, eine seine Geschäftspolitik betreibt, indem er einem Innungskollegen, welcher mit ihm zusammen auf eine größere Arbeit (Fabrikgebäude) konkurrierte, wobei derselbe den Zuschlag erhielt, während Reinecke bisher für die bauende Firma gearbeitet hatte, Schwierigkeiten in Bezug auf die rechtzeitige Fertigstellung zu bereiten beabsichtigt. Den Ausgesperrten wurde die Mittheilung, daß fortan ein Maximallohn pro Stunde von 47 % gezahlt würde. (Es ist den Arbeitgebern somit auch gestattet 43—45 % ufw. pro Stunde zu zahlen.)

Eine am Dienstag, den 9. d. M., Abends, stattgefundene Bauarbeiterversammlung beschloß, nunmehr die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis in allen Innungsgeschäften der geforderte Lohn von 50 % gezahlt wird. Der Beschluß der Innung wird schon jetzt durchbrochen, indem verschiedene Arbeitgeber die bei ihnen beschäftigten Leute zu Poliren machen. Vor dem Ausschluß waren z. B. in Spandau 15, jetzt sind aber bereits 35 Zimmerpolire beschäftigt. Da man jetzt zweifellos Arbeitskräfte von außerhalb heranzuziehen bemüht sein wird, ist es Pflicht eines jeden Kameraden, den Zuzug nach Spandau fernhalten zu helfen.

Ueber die Bauhätigkeit in München wird berichtet, es herrsche zur Zeit eine Bauwuth, wie wohl in keiner anderen Stadt Deutschlands, selbst in Berlin wird augenblicklich nicht so viel gebaut; ganze Stadtviertel erstehen neu.

Aus Großenheim bei Hanau wird gemeldet, es regt sich eine ungewöhnliche Bauwuth, eine große Anzahl Neubauten ist fertiggestellt und mehrere andere harrn noch der Innungsinnahme, die noch zum Herbst fertig gestellt und bezogen werden sollen.

In Schwabach haben unsere Kameraden eine Lohn-erhöhung um 2 1/2 pro Stunde durchgesetzt. Auf zwei Pfänen ging es ohne Streit, da wurde der erhöhte Lohn am 9. Juli gezahlt. Bei zwei anderen Meistern schickten sich unsere Kameraden am 11. Juli an, die Arbeit ein zu stellen, da wurde auch hier bewilligt, so daß seit dem 16. Juli; der erhöhte Lohn allerwärts gezahlt wird.

Die Bayerischen Zimmerer-Männer in München, deren Agitation bekanntlich in hämischen Verleumdungen gegen unseren Verband und unsere Mitglieder besteht, handeln, wie wiederum ein Prozeß zeigt, nach dem bekannten Grundsatz: „Haltet den Dieb“. Unterm 3. August wird nämlich aus München berichtet: „Ein ungetreuer Vereinstaffierer stand heute in der Person des Zimmermanns Josef Pröbstl dahier vor Gericht. Pröbstl bekleidete in den Jahren 1896 und 1897 das Amt eines Kassiers des hiesigen Zimmerer b u n d e s. Als solcher hatte er die Gelder zu verwalten, die zur Unterstützung krankler und bedürftiger Zimmerleute bestimmt waren. Von diesen Geldern unterschlug er nach und nach den Betrag von M. 94,50, den er für seine eigenen Bedürfnisse verwendete. Als dann gelegentlich einer Revision die Sache an's Licht kam, gebrauchte er die Ausrede, M. 30 seien ihm aus unerklärlicher Weise in einer hiesigen Wirt-schaft abhanden gekommen. Ueber den Verbleib der übrigen M. 64 wußte er keine Rechenschaft zu geben. In den Büchern fanden sich verschiedene falsche Einträge, die zur Verbedung der Unterschlagungen dienten. Auch in der heutigen Verhandlung vor dem Landgericht verlegte sich der Angeklagte auf's Verugnen, wurde aber trotzdem zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt; als strafschwerend kamen die mehrfachen Vorstrafen des Angeklagten in Betracht, sowie der Umstand, daß es sich um einen groben Vertrauensmißbrauch gegenüber Berufsgeossen und um Gelder handelte, die zur Unterstützung bedürftiger Arbeiter bestimmt waren.“

Gewerbegerichtliches.

Die Korruption im Baugewerbe beleuchtet wiederum eine Gewerbegerichtsverhandlung in Frankfurt a. M. sehr scharf, die am 15. Juli stattfand. Das Gewerbegericht hatte in seiner diesmaligen Sitzung in der Klage des Schreiners Schmidt gegen die Bauunternehmer Lechner, Heinrich und Andreas Seubert, sowie die Kapitalisten Max Flügel und Frau Ramm zu entscheiden, wer außer Lechner noch solidarisch haftbar für den von Schmidt geforderten rückständigen Lohn sei. Gegen Lechner, der den Kläger eingestellt und entlohnt hat, ist bereits vollstredbares Versäumnisurtheil ergangen. Frau Ramm hat den Lechner und Andreas Seubert, gestützt auf einen vorliegenden Vertrag, wegen Veruntreuung von Materialien angezeigt. Nach den im Termin zur Verlesung gekommenen Straftaten haben Beide daraufhin eine mehrwöchentliche Gefängnisstrafe erhalten. Seubert erklärt, er werde mit Zeugen nachweisen, daß Frau Ramm zu verschiedenen Personen gefußert habe, die Verträge seien nur Scheinverträge, sie habe sich nur das Pfandrecht sichern wollen. Auf Grund dieser Aeußerung habe er eine Anzeige wegen Meineids erhoben, denn nur auf Grund des Eides der Frau Ramm sei seine Verurtheilung erfolgt. Andreas Seubert hat, als er nicht mehr weiter bauen konnte, den Bau seinem Vater Heinrich Seubert zedirt, Letzterer trat aber sofort wieder zurück, als er sah, wie die Verhältnisse lagen. Auch Frau Ramm, die eine Zeit lang Kapital und Arbeitslohn hergab, zog sich zurück, als sie Kenntniß von der Fesslon erhielt. Das war vor der Zeit, als Schmidt am Bau arbeitete. Es bleiben also noch Andreas Seubert und Max Flügel. Beide geben zu, daß sie bis zuletzt am Bau theilhaftig waren, sie werden deshalb auch mit Lechner solidarisch zur Zahlung der von Schmidt geforderten M. 72 verurtheilt. — Es kommt nun freilich immer noch darauf an, ob diese „Baumeister“ pfandbar sind.

Ein für die Bauarbeiter bemerkenswerthes Urtheil fällt das Gewerbegericht zu Königsberg i. Pr. Gegen den Bauunternehmer L. klagten die Maurergesellen Wegner und Klug auf Zahlung einer Entschädigungssumme im Gesamtbetrage von M. 108. Am 24. Juni d. J. waren Kläger auf einem Bau in der Königsstraße, mit dessen Ausführung Beklagter betraut war, zur Arbeit bestellt, fanden jedoch infolge augenblicklich eingetretenen Mangels an Baumaterial z. hier keine Beschäftigung und wurden deshalb nach einem ebenfalls unter Leitung des Beklagten befindlichen anderen Bau in der Digenstraße geschickt. Auch hier erhielten sie aus ähnlichen Grunde keine Arbeit und wurden auf den nächsten Morgen nochmals eben dahin bestellt. Da sie indeß von dem Polier wieder abschlägig beschieden wurden, wandten sie sich Nachmittags an Beklagten selbst, indem sie für die 1 1/2 Tage, in denen sie anderweit Arbeit hätten finden können, Lohn verlangten. Da Herr L. ein derartiges Ansinnen zurückwies, wurden beide Gesellen, welche erst am Montag, den 4. Juli d. J. Beschäftigung erhielten, gegen Herrn L. beim Gewerbegericht klagbar, indem sie für die ihnen verloren gegangene Zeit von zwölf Tagen den üblichen Lohn von je M. 4,50 pro Tag, also insgesamt M. 108, beanspruchten. Das Gericht erkannte dahin, daß Beklagter an beide Kläger insgesamt M. 66 (je M. 33) zu zahlen, sowie die Gerichtskosten zu tragen habe, mit der Begründung, daß der Arbeitgeber die wiederholt bestellten Arbeitnehmer unbedingt zu beschäftigten verpflichtet sei.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Zwickau, 10. August. Der Zimmerer Jahn und der Handarbeiter Lehmann wurden auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung zu je acht Tagen Gefängnis verurtheilt. Der Zimmerer August Spizner, der ebenfalls angeklagt war, wurde freigesprochen.

Stuttgart, 9. August. Während des Streiks der Schreiner und Zimmerer hier wurden vom Schöffengericht mehrere Streikende zu harten Strafen verurtheilt. Die Meisten legten Berufung ein und erzielten dadurch eine Herabminderung der Strafe, und zwar wurde die Strafe um ein Drittel ermäßigt; in einem Falle erfolgte gänzliche Freisprechung. Es sind eben die reinsten Lappalien gewesen, warum Anklage erhoben worden ist. Die schwarzen Listen der unverdächtigten Ausbeuter haben noch immer keine Anklage zur Folge gehabt.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Königsberg i. Pr. 8. Juli. In der letzten, unter dem Vorsitze des Herrn Regierungs-raths Pierzig stattgehabten Sitzung des Schiedsgerichts für die Sektion V der nord-östlichen Baugewerks Berufsgeossenschaft kam unter Anderem auch der folgende, bemerkenswerthe Fall zur Verhandlung: Der Zimmerporlier B. aus Bartenstein erlitt im Jahre 1897 eine Verletzung der Schädeldecke und des Hinterhauptes und bezog von der Baugewerks-Berufsgeossenschaft anfangs die Vollrente von M. 51,85 monatlich, zuletzt die Rente für Halbinvalidität in Höhe von M. 25,91. Im Mai v. J. stürzte er von einer Leiter herab und beantragte nunmehr Wiedergewährung der ursprünglichen Vollrente. Nachdem dieser Antrag von der Berufsgeossenschaft abgelehnt wurde, beschloß das Schiedsgericht infolge der hiergegen von dem Verletzten eingeleiteten Berufung, demselben aufzugeben, sich binnen 14 Tagen in die hiesige Klinik des Herrn Dr. Höfmann zur Behandlung zu begeben. B. kam jedoch diesem Beschlusse unter dem Vorgeben nicht nach, weil er sich von einer Behandlung in dieser Klinik keinen Erfolg verspreche. Das Schiedsgericht fand die Weigerung ungerechtfertigt und wies deshalb den Kläger mit seinen Ansprüchen ab.

Eingesandt.

Aus Calbe a. d. S.

Am Sonnabend, den 6. August, fand in der „Reichs-kapelle“ eine Versammlung unserer Zahlstelle statt und waren zu dieser Versammlung von den 30 Mitgliedern 8 Mann erschienen. Es ist dies nun nicht etwa das erste Mal, daß unsere Versammlungen von so Wenigen besucht worden ist, sondern es ist dies eine Erscheinung, die als Regel genannt werden muß.

Im Interesse unserer Organisation, im Interesse unserer eigenen Verhältnisse ist diese Gleichgültigkeit der Berufs-kollegen tief zu bedauern und kann durchaus nicht streng genug verurtheilt werden.

Lange Zeit war es uns unmöglich gemacht, durch die bekannte Lokalabtreiberi, unsere Interessen wahrzunehmen. Heute nun, wo uns ein Lokal, die „Reichs-kapelle“, zur Verfügung steht, ist es der Gleichgültigkeit der Kollegen zuzuschreiben, wenn wir in dem Ausbau unseres Verbandes nicht vorwärts kommen. Kollegen, soll diese Launeit immer so weiter gehen? Dann ist es ausgeschlossen, unsere Lage zu verbessern! Von den circa 40 Zimmerleuten sind immer noch 10 Mann nicht organisiert und die übrigen, die der Organisation angehören, legen eine so große Saumseltigkeit an den Tag, daß nicht einmal eine regelrechte Versammlung zu Stande kommt. Ist es denn zu viel verlangt, alle vier Wochen einmal zur Versammlung zu kommen, dort aber die in unserem Fache vorkommenden Mängel sich zu besprechen, oder sind unsere Verhältnisse so glänzend, daß wir glücklich und zufrieden sein können? Kollegen, es ist endlich an der Zeit, die Gleichgültigkeit und Launeit abzulegen und endlich an dem Ausbau unserer Organisation zu arbeiten. Wir wollen und müssen mit und durch unseren Verband den Beweis führen, daß wir Willens und fest entschlossen sind, theilzunehmen an den Errungenschaften der Kultur. Kollegen, beherzigt meine Worte, nur geeintes und gemeinsames Handeln kann den Erfolg bringen, den wir erwarten.

Otto Zwirnmann, Vorsitzender, Mühlenstraße 23.

Aus Dortmund.

Den Mitgliedern der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer möchte ich durch folgenden Fall zu wissen geben, daß es unter Umständen, wenn man die Kasse in Anspruch nehmen muß, schwer hält, die zu gewährleistende Unterstützung zu erhalten. Im Februar d. J. wandte ich mich um Auskunft über die Leistungen der Kasse, speziell für zahnärztliche Hilfe, an den Zahlstellenassessor Richter hier. Richter gab an, daß die Kasse das Plombiren bezahle und wies mich an den Zahnarzt Pimpel, Wißstraße. Zahnarzt Pimper, nicht Pimpel, war von Wißstraße nach Brückstraße verzogen, und ich begab mich in Behandlung bei Pimper in dem Glauben, daß dies der von der Kasse angestellte Arzt sei. Auch umging Pimper meine Erklärung, daß ich Mitglied der Krankenkasse der Zimmerer sei, mit dem Bemerken, daß jede Krankenkasse das Plombiren der Zähne bezahle.

Die Rechnung von M. 24 für drei Wurzeln und acht Amalganfällungen, die ich sofort bezahlen mußte, wurde von Richter beanstandet mit der Motivirung, ich

sei nicht beim Kassenarzt gewesen, welcher Wübbel heißt und nur 75 1/2 per Plombe erhalte. Ich wandte mich an den Hauptvorstand, welcher ein Attest vom Kassen-arzte verlangte, daß das Plombiren der Zähne zur Erhaltung der Zähne notwendig sei.

Nunmehr begab ich mich zu dem Kassenzahnarzt Wübbel, der jedoch seit August v. J. nicht mehr praktiziert. Sein Nachfolger Wellhäuser, unter der Firma Wübbel, erklärte, er kenne keine Krankenkasse der Zimmerer, im Uebrigen es für jeden Laien verständlich sei, daß das Plombiren nur die Erhaltung der Zähne bezwecke. Auf meine Eingabe wurde mir der Bescheid: „Unter allen Umständen ein Attest beizubringen, daß die Zähne zur Erhaltung der Gesundheit notwendig, ferner meine Karte vom Unterstützungsfonds.“

Ein Attest von Dr. med. Crone, dahin lautend, daß die Erhaltung der Zähne zur Vermeidung von Katarrrh notwendig, sandte ich ein. Betreffs meiner Unterstützungskarte verwies ich auf einen betreffenden Artikel im Zimmerer Nr. 10, welcher auch auf Dortmund zutrefte. Hierauf theilte mir der Hauptvorstand mit, die gesammelten Kosten von M. 27 nicht zu bezahlen. Ich hatte inzwischen noch eine Rechnung über M. 3 eingereicht für eine Wurzel und Amalganfällung, da ich infolge der antiseptischen Wurzelfüllungen noch in Behandlung war. Der Vorstand hatte beschloffen, mir per Plombe 75 1/2 zu zahlen. Da ich hiermit nicht einverstanden, theilte ich dem Hauptvorstande Folgendes mit: „Wenn die Beamten die Mitglieder derartig bescheiden, kann man von Letzteren nicht verlangen, daß sie nach Vorschrift handeln. Ersuche den Hauptvorstand, sich mit der Zahlstelle in Verbindung zu setzen, um Klarheit zu schaffen, indem fünf Kameraden bezeugen, daß Richter mir nicht den Namen Wübbel angegeben.“ Der Hauptvorstand ging darauf nicht ein, was sich die Dortmunder Kameraden erzählen, sondern verwies mich auf den Klageweg. Jetzt wandte ich mich an die Kontrollkommission, welche mir nach reichlich drei Wochen den Rath gab, mich mit Richter zu einigen oder denselben zu verlagen.

So weit ist die Sache bis jetzt gediehen. Da es den Verhältnissen der Arbeiter nicht entspricht, Gelder zum Klagen zu erübrigen, wende ich mich hiermit an die Öffentlichkeit, um dadurch mein Recht, mein ausgelegtes Geld, zu erhalten.

Man bedente, der Hauptvorstand ist lieber geneigt, der Kasse einen Prozeß aufzuhalsen, als seinen Mitgliedern zum Rechte zu verhelfen. Von einer Kasse, die von Arbeitern geleitet wird, sollte man Derartiges nicht denken. Die Krankenkasse, welche ich bisher als Stieb zur gewerkschaftlichen Bewegung betrachte, scheint sich in diesem Falle nicht auf den Boden zu stellen, den Kameraden hilfreich zur Seite zu stehen. Die hiesige Zahlstelle, welche aus Mauren und Zimmerern besteht, der größte Theil Indifferente, beschäftigt sich mehr mit der Lotterietrage, als mit dem Krankenkassenwesen. Die Krankenkasse der Zimmerer, welche Hand in Hand mit dem Ver-bande marschiren sollte, arbeitet dem hier entgegen. Hier fand trotz Einwendung einiger Mitglieder eine General-versammlung der Krankenkasse statt, zu welcher Zeit Kamerad Ede in öffentlicher Versammlung referirte.

Das Statut enthält über zahnärztliche Hilfe Nichts und den Mitgliedern bietet sich zur nächsten General-versammlung ein Feld, um Bestimmungen darüber zu treffen.

Paul Wahlberg.

Anmerkung der Redaktion: Vorstehendes Eingesandt ist auf Anordnung der Preßkommission veröffentlicht.

Literarisches.

Der höchst spannende, sensationelle und tief ergreifende Roman Victor Hugo's: Die Armen und Glenden, beginnt soeben im zweiten Jahrgang der illustrierten Romanbibliothek „In freien Stunden“ (Berlin, Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Douthstraße 2). Wir machen unsere Leser auf diese ebenso billige wie empfehlenswerthe Wochenschrift besonders aufmerksam. Jedes Heft kostet nur 10 1/2 und bringt in wirklich guter Ausstattung 24 Seiten Romanstext mit je einem künstlerischen Vollbilde, außerdem 2 Seiten kleines Feuilleton (Novellen, Skizzen, Humoristisches). Wir sind überzeugt, daß der Verlag gerade mit diesem, für die „Freien Stunden“ extra bearbeiteten Roman, der von Kapitel zu Kapitel das Interesse der Leser steigert, sowie durch die künstlerischen Illustrationen Damberger's noch an Werth gewinnen wird, einen guten Griff gemacht hat und wir laden unsere Leser zu recht zahlreicher Abnahme dieser wirklich empfehlenswerthen Romanbibliothek ein. Jeder Kolporteur, jede Buchhandlung nimmt Bestellungen an, und wenn die Kolporteurs sich die Mühe geben, z. B. das 27. Heft in Versammlungen auszulegen oder von Haus zu Haus zu verbreiten, so sind wir überzeugt, daß sie zahlreiche Abnehmer finden werden.

Heft 31 und 32 der „Freien Stunden“ enthalten: Die Armen und Glenden. Roman von Victor Hugo. — Vorlaute Fragen. — Ein armenisches Märchen. — Dies und Jenes. — Kulturhistorische Notizen. — Witz und Scherz. Preis pro Heft 10 1/2.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission für die Lokalvorstände respektive Vertrauensleute bei.

* Die v. Elm'sche Rede konnten wir auch in dieser Nummer noch nicht vollständig bringen, weil der Raum des Blattes von Versammlungsberichten zu sehr in An-

